Von Lohnsklaven zu Herren des Landes Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

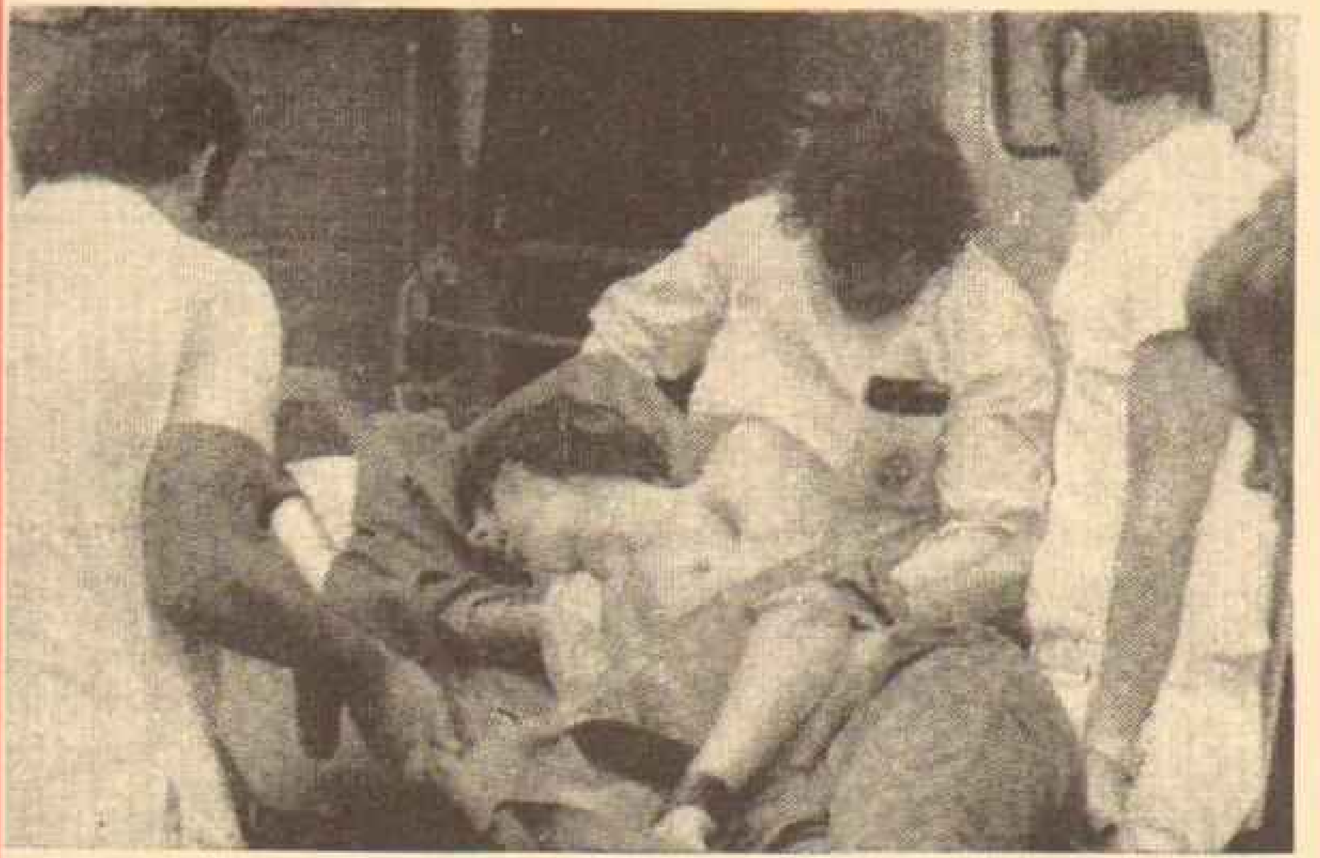
Nr. 23 vom 8. Juni 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Thomas Hytrek: ein erneutes Opfer des Polizeiterrors!

"Mörder, Mörder!" hallte es durch Frankfurt

Am 29.5. nachmittags in Frankfurt. Ein Wasserwerfer rast in eine Demonstrantenmenge. Er überfährt einen Jugendlichen, der mit einem Fotoapparat auf der Straße steht. Am Freitag lag Thomas Hytrek, 17 Jahre, Schüler, immer noch bewußtlos mit Gehirnquetschung im Krankenhaus.

"Mörder, Mörder!" schrie es durch die ganze Innenstadt Frankfurts, als Thomas' Schicksal am Mittwoch bekannt wurde. Eine Welle von Haß schlug der Polizei entgegen. Mit verdoppelter Empörung und größerem Kampfesmut als vorher wurden Schienen blockiert, flogen Steine gegen die Polizei, entstanden Barrikaden. Denn jeder wußte: So wie Thomas hätte es auch dich treffen können. Daß Thomas jetzt in Lebensgefahr schwebt, ist nicht der "Übergriff" eines Polizisten. Stirbt Thomas, so ist sein Tod das Ergebnis eines Polizeieinsatzes, bei dem "mit allen Mitteln" der Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen, bei dem mit allen Mitteln jede Anwendung revolutionärer Gewalt und die Solidarität mit Revolutionären niedergeschlagen werden sollte.



"Platzwunde am Kopf, Hautabschürfungen am Knöchel", log der Polizeipräsident.

Von Montag an erhielt Frankfurt ein neues Verkehrssystem, neue Tarife für den Nahverkehr. Für die Bevölkerung bringt das Fahrpreissteigerungen zwischen 33 und 233 Prozent mit sich. Gab es früher einen Sammelschein für 60 Pfennig, kostet ein normaler Fahrschein in Frankfurt selbst jetzt in Hauptverkehrszeiten 1 DM, in normalen Verkehrszeiten 80 Pfennig. Für alle, die aus den umliegenden Vororten in die Stadt fahren, erhöhen sich die Fahrpreise um mindestens 100%. Betroffen sind wiederum die Arbeiter bei Höchst, von denen viele aus den umliegenden Orten zur Arbeit fahren müssen.

Die Empörung gegen diese Fahrpreiserhöhungen war groß. Das spürten auch die Genossen der KPD/ML, die kurz vor der Fahrpreiserhöhung eine Kundgebung vor Höchst abhielten. Der Magistrat griff zur bewährten Waffe, um diese Empörung leerlaufen zu lassen: Der DGB-Apparat trat in Kampfpositur, machte Kundgebungen und ließ Unterschriftenlisten gegen die Preiserhöhungen umgehen. Seine Forderung: Einfrieren der Fahrpreise auf den heutigen Stand.

Natürlich wurden die Preise nicht eingefroren. Noch nie haben die Werktätigen durch bloßes Bitten und Betteln, noch nie haben sie unter Führung des DGB etwas erreicht. Immer hat der DGB-Apparat als Instrument des Kapitals gegen die Interessen der Werktätigen gearbeitet. So auch hier. Während er einerseits versucht, den Kampf in die Sackgasse zu führen, stimmt Vertreter Reiß gleichzeitig den Preiserhöhungen zu.

Ab Montag begann dann der Kampf auf den Straßen Frankfurts. Von Anfang an ging die Polizei mit brutalem Terror gegen die Demonstranten vor. Mehrere Hundertschaften der Polizei sind im Einsatz, 5 Wasserwerfer spritzen Wasser mit einem bisher noch nicht angewandten hohen Konzentrat der Säure CN gegen Demonstranten, Hausfrauen, alte Leute und kleine Kinder. Ein Fotograf bekommt das Gemisch aus 10 m Entfernung auf den Rücken. Er muß vom Arzt für drei Wochen krank geschrieben werden. Verkäuferinnen weinen, weil die Polizei auch in die Kaufhauseingänge spritzt, Mütter geraten in Panik, weil ihre kleinen Kinder wie am Spieß schreien.

Fortsetzung auf Seite 7

Ein Arbeiterleben gilt der kapitalistischen Medizin nichts

Professor lässt Yamina sterben

Am 21. Mai starb die 27jährige Hausfrau Yamina Abdel Yaliki aus Marokko in der Aachener Universitätsklinik. Alles deutet darauf hin, daß sie sterben mußte, weil es dem verantwortlichen Arzt, Professor Reiffenscheid, wichtiger war, sie als Demonstrationsobjekt bei einer Vorlesung vorzustellen als die für sie lebensnotwendige Operation durchzuführen.

Yamina Abdel Yaliki ist vor fünf Monaten zusammen mit ihrem Mann nach Deutschland gekommen. Sie wohnen in der Nähe einer Prostituiertenstraße in Aachen in einer typischen Notunterkunft für ausländische Arbeiter. Das Haus ist total verfallen, die Fenster teilweise mit Styropor verklebt. Trotzdem kostet ein kleines Zimmer in diesem Loch noch 60 DM. Yaminas Mann arbeitet als Montagearbeiter. Als seine Frau starb, war er gerade auf Montage.

Ein Genosse der KPD/ML sprach mit einem Bekannten von Yamina. "Vor einer Woche haben wir noch fröhlich zusammen gesessen", sagte er. Aber dann hätte Yamina Bauchschmerzen bekommen. Es sei immer schlimmer geworden und schließlich sei sie am Samstag ins Krankenhaus gegangen. Dort wurde festgestellt, daß Yamina an Magenverdrehung leidet. Sie wurde, wie die Stationsschwester der Frauenstation II am nächsten Tag Studenten sagte, als akuter Notfall aufgenommen. Am Sonntag erhielt Yamina Besuch von ihrem Bekannten. Immer wieder machten es ihr Schmerzanfälle unmöglich zu sprechen. Sie bat ihren Bekannten, sie doch am nächsten Tag wieder zu besuchen. Denn sie wisse nicht, ob sie am Dienstag noch lebe.

Fortsetzung auf Seite 4

Arbeitslosigkeit - Grundübel des Kapitalismus

Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit - das kennt die Arbeiterklasse seit jeher als eines der Grundübel des Kapitalismus. Wie eine unrentabel gewordene Maschine werden die Arbeiter ausrangiert, fliegen sie auf die Straße, wenn die Kapitalisten sich von dem Kauf ihrer Arbeitskraft keinen entsprechenden Profit mehr versprechen. Recht auf Arbeit - das gibt es im Kapitalismus nicht.



Demonstration gegen Stillegung

Gegenwärtig sind Hunderttausende Kollegen arbeitslos, fast täglich sind in der Zeitung Meldungen über Massenentlassungen und Kurzarbeit. Gerade jetzt haben Opel, wo 6500 Arbeitsplätze in Westdeutschland "abgebaut" werden sollen, und VW erneut Kurzarbeit angemeldet.

Die D'K'P-Revisionisten reden von "bewußt herbeigeführter Arbeitslosigkeit." So geht die UZ vom 27. Mai auf Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt ein, der behauptet, die "Kredit- und Währungspolitik", durch die die Bundesregierung angeblich die Inflation bekämpfen will, habe "eine leichte Dämpfung der Beschäftigung unvermeidlicherweise herbeigeführt.' In der UZ heißt es dann weiter: "Bundeskanzler Schmidt gesteht damit ein, daß die gegenwärtige Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, genau wie in der Krise 1966/67 bewußt herbeigeführt worden ist."

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt :

Die VR China - ein Freund des deutschen Volkes

Die Honnecker-Clique hat unverschämte Angriffe gegen die Volksrepublik China gestartet. Die „UZ", die Zeitung der D„K"P-Revisionisten, hat diese wüsten Beschimpfungen unter der Überschrift „Schützenhilfe aus Peking für Entspannungsfeinde" ebenfalls veröffentlicht.

Die Wut der Revisionisten ist verständlich, denn die VR China hat konsequent entlarvt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten, als deren Sprachrohr die Honecker-Vasallen natürlich auftreten, unter dem Deckmantel des "Entspannungsgeredes" nur ihr imperialistisches Ziel verfolgen, in der Rivalität mit dem US-Imperialismus die Vorherrschaft in der Welt zu erobern. Die Kommunistische Partei Chinas hat auf ihrem 10. Parteitag festgestellt, daß die Hauptkriegsgefahr von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft ausgeht, daß Europa das Zentrum dieser Rivalität ist und daß die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten keineswegs dem Frieden in Europa und in der Welt dient, sondern ganz im Gegenteil die Kriegsgefahr verschärft und eine ernste Bedrohung für die Völker darstellt.

Darum haben die VR China und die VR Albanien auch immer wieder betont, daß die sogenannte "Europäische Friedenskonferenz" nicht dem Frieden und der Sicherheit in Europa dienen soll. Auf dieser Konferenz wollen vielmehr die beiden Supermächte einerseits ihre Vorherrschaft in Europa bekräftigt wissen, in der Hauptsache aber versucht auf dieser Konferenz jede der beiden Supermächte dem Eindringen in den Herrschaftsbereich des Rivalen den Boden zu bereiten.

Daß die Volksrepublik China diese Tatsachen unermüdlich aufgedeckt hat, ist ein Beweis dafür, daß sie fest an der Seite der Völker steht im Kampf gegen die imperialistische Aggression, insbesondere gegen die beiden Supermächte, im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und im Kampf für Frieden und Sozialismus.

Die Honecker-Clique und ihre Gefolgsleute in der D'K'P/'S'EW dagegen versuchen nicht nur, die Arbeiterklasse über die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges zu täuschen, sondern sie stellen sogar den sowjetischen Sozialimperialisten, diese äußerst aggressive Supermacht, als "friedfertiges, sozialistisches" Land hin.

Empört zeigt sich die neue Bourgeoisie der DDR im "Neuen Deutschland" auch über die Tatsache, daß die VR China wiederholt erklärt hat, daß die Frage der deutschen Nation nicht gelöst ist, daß es nicht zwei deutsche Nationen, sondern nur eine deutsche Nation gibt. Die modernen Revisionisten stellen die unverschämte Behauptung auf, damit würde die VR China die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus unterstützen.

Was die Revisionisten verschweigen ist, daß die KPD und die SED vor ihrer revisionistischen Entartung stets für die Einheit der deutschen Nation gekämpft haben, daß auch die sozialistische Sowjetunion unter Stalins Führung wiederholt hervorgehoben hat, daß der Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit zutiefst berechtigt ist. Seit der Spaltung Deutschlands durch den US-Imperialismus und die westdeutschen Imperialisten hat die kommunistische Weltbewegung stets die Theorie der zwei deutschen Nationen zurückgewiesen und die Einheit der deutschen Nation verteidigt. **Der Verrat der Revisionisten an den nationalen Interessen des deutschen Volkes aber folgte ihrem Verrat am Sozialismus auf dem Fuß.**

Die KPD/ML stimmt darum mit der VR China in der Einschätzung der Frage der deutschen Nation auch völlig überein, wenn das ZK unserer Partei in seiner Erklärung zur nationalen Frage feststellt: "Das deutsche Volk wünscht die nationale Einheit. Es wünscht ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine amerikanischen und keine sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen "Kooperationsverträge" die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünscht ein vereintes, unabhängiges und friedliches Deutschland, von dessen Boden nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können."

Die Volksrepublik China hat sich durch ihre prinzipienfeste Haltung als mächtiger Freund des deutschen Volkes in seinem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erwiesen.

SOFORTIGE ÜBERGABE VON INGRID BRÜCKMANN AN DIE DDR-BEHÖRDEN

Ingrid Brückmann, die in der DDR nach eigenem Geständnis ihren Vater erschlagen hat, weil er sie angeblich mißbraucht habe, und anschließend nach Westberlin floh, soll nicht in die DDR ausgeliefert werden. Die Entscheidung des Westberliner Kammergerichts, Ingrid Brückmann müsse den DDR-Behörden übergeben werden, soll auf Betreiben des Westberliner Senats wieder aufgehoben werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Westberliner Staatsanwaltschaft bereits eingebracht. Begründung: Die Beschwerde Ingrid Brückmanns bei der Straßburger Menschenrechtskommission.

Der westberliner CDU-Vorsitzende Lorenz forderte Haftverschonung für Ingrid Brückmann mit der Begründung, es wäre schwer verständlich, Ingrid Brückmann eine Haftverschonung zu verweigern, während Mitglieder der Baader-Meinhoff-Gruppe freigelassen würden, obwohl ihr anschließendes Untertauchen vorauszusehen sei. Der Vergleich mit den inhaftierten Genossen der RAF ist durchaus angebracht, allerdings stellt der Zynismus des Herren Lorenz die Tatsachen auf den Kopf.

Die inhaftierten Genossen der RAF sind unmenschlichsten Bedingungen der Folter-Haft ausgesetzt, sie werden Tag und Nacht terrorisiert, in Schauprozessen werden Terrorurteile (12 Jahre für Horst Mahler) gegen sie verhängt. Aber die Anträge Horst Mahlers wegen der Ablehnung seines Revisionsantrages und Monika Berberichs wegen der klar gegen die Bestimmungen der Menschenrechtskonvention verstoßenden Dauer der U-Haft wurden von der Straßburger Menschenrechtskommission abgelehnt. Die Straßburger Menschenfreunde konnten natürlich nicht gegen die Imperialisten entscheiden.

Jetzt, wo die Interessen der westdeutschen Imperialisten lärmende Rührseligkeit fordern, trägt man auch in Straßburg das "Herz für die Verfolgte" zur Schau. Allerdings: Diese Verfolgte hat in der DDR – warum auch immer – ihren Vater erschlagen. Sie hat sich den Gerichten der DDR, eines souveränen Staates, durch Flucht entzogen. Welches Interesse haben die westdeutschen Imperialisten an diesem Fall? Wollen sie vielleicht dem jungen Mädchen helfen? **Den westdeutschen Imperialisten geht es darum, hier ihren revanchistischen Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen: Deutsche sollen nur durch von ihnen eingesetzte Gerichte verurteilt werden dürfen.** Ingrid Brückmann wird aus dem gleichen Grund nicht an die DDR-Behörden übergeben, aus dem die westdeutschen Imperialisten sich weigern, die DDR staatlich anzuerkennen. Auch wenn sie momentan gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus nicht stark genug sind, streben sie doch nach wie vor die militärische Rückeroberung der DDR an. Durch die Verweigerung der staatlichen Anerkennung der DDR, durch die prinizipielle Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches wie er im Fall Brückmann deutlich wird, versuchen sie, ihren aggressiven Absichten juristischen Boden zu bereiten.

Dem muß entschieden entgegengetreten werden. Ein vereintes Deutschland unter der Herrschaft der Imperialisten – das wollen weder die Werktätigen in der DDR, noch in Westdeutschland. **"Die deutsche Frage kann nur vom deutschen Volk gelöst werden!"** heißt es in der ZK-Erklärung zur nationalen Frage. **Und das deutsche Volk wird diese Frage lösen: Durch die Vertreibung aller Besatzer, durch den revolutionären Sturz der neuen Bourgeoisie in der DDR und des westdeutschen Imperialismus, durch seinen revolutionären Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.**

Truppenentflechtungsabkommen

Ein Schritt zum Frieden?

Wird das Abkommen zur Truppentrennung zwischen Syrien und den Zionisten, wie es am Schluß des Abkommens heißt," ein Schritt auf einen gerechten und dauerhaften Frieden" sein? Sind die Supermächte Friedensstifter geworden ?



Palästinenser bei der Ausbildung an Waffen.

Wie steht es denn um die Syrer im Golangebiet? Können sie jetzt in Frieden leben? Sind sie wieder Herren in ihrem Land? Nach wie vor halten die israelischen Zionisten diesen Teil Syriens seit 1967 gewaltsam besetzt. Soweit die syrische Bevölkerung nicht aus diesem Gebiet mit Terror und Waffengewalt vertrieben worden ist, wird sie grausam von den Zionisten unterdrückt. Völlig entrechtet werden sie ihres Besitzes beraubt und als Araber nach rassistischen Gesetzen als "Untermenschen" behandelt. Für sie bedeutet das Abkommen nicht den geringsten Schritt hin zu einem Frieden.

Und die Palästinenser, die zu Hunderttausenden in elenden Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und Jordanien leben müssen, können sie in ein freies Palästina zurückkehren? Seit der Gründung Israels durch die Zionisten sind sie verfolgt, gemordet und verjagt worden. Noch immer herrschen in ihrer Heimat die Zionisten mit ihrem rassistischen Regime, ernten palästinensische Felder ab, wohnen auf Höfen, die sie den Palästinensern gestohlen haben. **Das Abkommen schafft ihnen keine Rückkehr in ein befreites Palästina.** Und der Bombenterror ? Mehrfach haben die Zionisten in den letzten Wochen die Flüchtlingslager bombardiert. Lager, in denen Tausende auf engstem Raum leben. Vorwand der Zionisten bei diesen Vernichtungsaktionen gegen die Palästinenser war, daß angeblich aus den Lagern Befreiungskämpfer in das von den Zionisten okkupierte Palästina eingedrungen seien. Dieser Bombernterror wird weitergehen. **Kissinger hat den Zionisten ausdrücklich sein "Verständnis" für derartige Aktionen, die als "Vergeltungsschläge" propagiert werden, mitgeteilt.**

Das Abkommen ist, wie die Tatsachen zeigen, kein Schritt zu einem gerechten Frieden, sondern ein Schritt, der die Ungerechtigkeiten stabilisiert. Die Zionisten werden niemals freiwillig das Golangebiet Syriens, die ägyptische Halbinsel Sinai oder gar Palästina räumen. Das haben die Zionisten selbst immer wieder betont und daran zweifelt auf der ganzen Welt niemand ernsthaft. **Nur im Kampf gegen den Zionismus kann die Syrische und ägyptische Nation ihre souveränen Rechte voll wiedererlangen. Nur mit der Niederlage des Zionismus kann das palästinensische Volk die Freiheit seiner Heimat und die Rückkehr erlangen. Aber eben dieser Kampf soll durch das Abkommen beendet werden. Das ist der Wille der beiden Supermächte.**

Beide Supermächte haben unter Einsatz aller ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel das Abkommen mit Ägypten auch das mit Syrien erzwungen. Ihr Ziel dabei ist, die Länder des Nahen Ostens mit Friedensversprechungen zu umgarnen, selbst aber die Fäden der Macht im Nahen Osten in die Hand zu bekommen. Um diese Herrschaft zu erlange[illegible] tun sie alles, damit die arabischen Län[illegible]der geschwächt und die Völker de[illegible] Nahen Ostens unterdrückt werden. Se[illegible] Jahren bedienen sich dabei beide Su[illegible]permächte, sowohl die USA als auch di[illegible] Sowjetunion, der israelischen Zioniste[illegible] und unterstützen deren aggressive Ab[illegible]sichten von ganzem Herzen: Die israel[illegible]sche Wirtschaft fußt heute lediglich au[illegible] amerikanischen Dollars. Die Waffen, di[illegible] die Zionisten in Washington kaufe[illegible] werden von nichts anderem bezahlt al[illegible] von Dollars, die sie aus Washington selb[illegible] erhalten haben. Zugleich stützen die sow[illegible]jetischen Sozialimperialisten die Zioni[illegible]ten, indem sie in großem Maße sowjet[illegible]sche Juden nach Israel schicken, di[illegible] dort eine wichtige Stütze für die Zioni[illegible]ten sind. Und zum anderen, inde[illegible] Moskau den Kampf der arabische[illegible] Völker zu bremsen versucht, wo es nu[illegible] geht.

Bei den Verhandlungen in Genf, w[illegible] nach der Unterzeichnung des Abkom[illegible]mens über einen "Frieden" im Nahe[illegible] Osten gesprochen wird, wird nicht de[illegible] Frieden, sondern ein Diktat der Supe[illegible]mächte gegen die arabischen Völker ve[illegible]handelt. Ein Diktat der USA und Sow[illegible]jetunion, das den arabischen Völker[illegible] verbieten will, den Befreiungskampf z[illegible] führen.

Nicht der jetzige Waffenstillstand, di[illegible] Aufrechterhaltung der zionistischen Ge[illegible]waltherrschaft gegen die arabischen Vö[illegible]ker, sondern einzig der Kampf diese[illegible] Völker an allen Fronten gegen den Zi[illegible]nismus und die beiden Unruhestifte[illegible] USA und Sowjetunion wird im Nahe[illegible] Osten zu wirklichem Frieden führen.

Italien:

Faschistischer Terror

Am 28. Mai ermordeten Faschisten durch einen Sprengstoffanschlag bei einer antifaschistischen Kundgebung in der italienischen Stadt Brescia 9 Menschen, 94 Antifaschisten wurden zum Teil schwer verletzt. Dieser faschistischen Bluttat antwortete die italienische Arbeiterklasse mit einem 4stündigen Generalstreik. Händler und Bauern solidarisierten sich, Schulen und Universitäten wurden geschlossen. In Rom demonstrierten über 150 000 Menschen gegen den faschistischen Terror und die faschistische Gefahr. Büros faschistischer Parteien und Organisationen wurden angegriffen, teilweise auch Büros der Christdemokraten.

Diese Kämpfe zeigen den Haß der italienischen Arbeiterklasse auf den Faschismus und ihre Entschlossenheit, die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Allerdings üben die modernen Revisionisten in dieser Bewegung noch einen großen Einfluß aus. Ihre Hauptsorge ist es, die Arbeiterklasse darüber zu täuschen, daß der Kampf gegen den Faschismus untrennbar mit der proletarischen Revolution verbunden ist. Darum versuchen sie der Arbeiterklasse einzureden, daß der Faschismus vor allem von der faschistischen Partei (MSI-Soziale Bewegung Italiens) und anderen fafaschistischen Organisationen oder Gruppen ausgehe.

Entsprechend propagieren die KPI-Revisionisten das Bündnis aller "demokratischen und antifaschistischen Kräfte," das alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der offenen Faschisten umfassen soll. Der bürgerliche Staat soll also den Faschismus verhindern. **So versuchen die modernen Revisionisten Italiens durch die Verbreitung von Illusionen über den bürgerlichen Staatsapparat, über das Wesen des Faschismus und Möglichkeiten seiner friedlichen, parlamentarischen** Verhinderung die italienische Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen und erweisen sich so als Wegbereiter des Faschismus.

Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten hat dagegen stets betont, daß die Hauptgefahr des Faschismus vom bürgerlichen Staatsapparat selbst droht. So treibt die italienische Bourgeoisie auch jetzt unter dem Vorwand des Kampfes gegen den faschisti[illegible]schen Terrors die Faschisierung ihre[illegible] Staatsapparates voran. Die drei Polizei[illegible]truppen (Carabinieri, Finanzgarde[illegible] Staatspolizei) sollen jetzt bei der "Ver[illegible]folgung staatsfeindlicher Machenschaften und krimineller Aktivitäten" zusammen[illegible]gefaßt werden. Durch einen Gesetzent[illegible]wurf sollen "einige rechtsstaatliche In[illegible]stitutionen" eingeschränkt werden. Außerdem sollen Verhöre ohne Beisein eines Richters eingeführt, die Strafen für unerlaubten Waffenbesitz verdrei[illegible]facht, die Möglichkeiten der Polizei zu Festnahmen erweitert werden.

Jetzt schreit die bürgerliche Presse Italiens vom Kampf gegen die Faschisten, aber in Wirklichkeit sind diese Maßnahmen selbst Teil der Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates, die sich gegen die Kommunistische Partei, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung richten. Im harten Kampf gegen die modernen Revisionisten vertritt unsere italienische Bruderpartei die korrekte marxistisch-leninistische Linie: **den Faschismus verhindern, das kann nur die proletarische Revolution, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats.**

Giessen: AMI GO HOME!

Am 11. 5. veranstalteten der Magistrat der Stadt Gießen und die US-Besatzer die sogenannten „deutsch-amerikanischen Freundschaftstage", in deren Mittelpunkt eine Waffenschau der US-Imperialisten stand, an der sich aber auch die Bundeswehr mit Raketen beteiligte.

Gegen diese gemeinsame Provokation durch die US-Besatzer und die Vertreter des westdeutschen Imperialismus trat die Partei im Einkaufszentrum auf: Flugblätter mit der Losung „Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland!" wurden verteilt, der Rote Morgen und die Erklärung des Zentralkomitees zur nationalen Frage „Deutschland dem deutschen Volk!" wurde propagiert.

Am Nachmittag zogen die Genossen in die US-Kaserne zur Waffenschau der US-Imperialisten, mit der diese ihre Macht demonstrieren und die Werktätigen einschüchtern wollten. An einer Brücke vor der Kaserne in großen roten Buchstaben: „Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland – KPD/ML!" Direkt neben dem Wachhäuschen auf der weißen Wand: „Ami go home – KPD/ML!" Auch an anderen Kasernen und Anlagen in Giessen standen Parolen der Partei gegen die Besatzertruppen.

In der Kaserne zeigte sich, daß außer einigen Bundeswehroffizieren und den Familien kaum jemand gekommen war. Die US-Imperialisten stoßen eben kaum auf Sympathien in der Bevölkerung. Hier liegt unsere Aufgabe: am Haß der Bevölkerung ansetzen und sie im Kampf für die Vertreibung der Besatzer führen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 39 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 5[illegible] Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund; Druck: NAV GmbH 1 Berlin 36; Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jah[illegible] (25 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

In sechs Monaten
'Normaler Abgang' von 2000 Kollegen

Die Opel-Kapitalisten behaupten nach wie vor, von Massenentlassungen könne keine Rede sein. Der reaktionäre Betriebsratsvorsitzende von Opel/Bochum, Perschke, beteuert als willfähriger Lakai seiner Herren, die Belegschaft sei zwar zu groß, sie würde aber lediglich dadurch verringert, daß der „normale Abgang" nicht durch Neueinstellungen ersetzt würde. „Normaler Abgang" — das heißt bei Opel/Bochum zur Zeit: an die 50 Kollegen werden im Monat entlassen. Im Ford-Werk in Köln-Niehl wurden in den letzten 6 Monaten rund 2.000 Kollegen „normal abgegangen". Und unter den Ford-Kollegen geht das Gerücht um, daß die Ford-Kapitalisten 3.600 Arbeiter und 1.000 Angestellte entlassen wollen.

Die Bosse dementieren und entlassen, Bonzen vom Schlage Perschke versuchen noch der Belegschaft Sand in die Augen zu streuen, allerdings weitgehend vergeblich. Darum bereitet diese Kumpanei schon größer angelegte Betrugsmanöver vor: der Betriebsrat von Opel/Rüsselsheim hat von der Geschäftsleitung die Vorlage eines Sozialplanes gefordert und auch bei Ford/Köln laufen Verhandlungen über einen Sozialplan.

Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten gezielt, die Kampfkraft der Belegschaften zu schwächen. So wird von Opel/Bochum und Rüsselsheim und von Ford/Köln berichtet, daß Kolonnen auseinandergerissen, in andere Abteilungen versetzt werden. Dadurch soll offensichtlich die Herstellung der Einheit der Kollegen im Kampf gegen die Entlassungen erschwert werden.

Bei Opel/Bochum wurden zwei besonders kämpferische Kollegen in der letzten Zeit entlassen: der Genosse Jochen B., den seine Kollegen zum Vertrauensmann wählen wollten und der Kollege Abduhl K., der Mitglied der Vertrauensleutekörperleitung und Sprecher der über 3.000 ausländischen Kollegen ist. Diese Entlassungen sind auf die Empörung der Kollegen gestoßen. Eine Vollversammlung aller Vertrauensleute wird gefordert. Die D„K"P-Revisionisten unterstützten diese Forderung zunächst, aber inzwischen ist ihnen wohl klar geworden, daß sie mit ihrem Mitbestimmungsgerede nicht durchkommen würden. Darum unterstützen sie diese Forderung jetzt nicht mehr, sondern haben stattdessen einen „offenen Brief" an den Vorstand der IG Metall geschickt.

Als die SPD versuchte, für sich vor Opel/Bochum Reklame zu machen, mußte selbst die bürgerliche Presse melden, daß es ein absoluter Reinfall war. Perschke selbst versuchte seine Parteigenossen zu unterstützen und behauptete, er könne es schriftlich geben, daß es nicht zu Massenentlassungen kommen werde. Als der entlassene Genosse Jochen B. daraufhin ein entsprechendes Schreiben aufsetzte und Perschke um die versprochene Unterschrift bat, wollte Perschke sich darauf allerdings doch nicht einlassen. **Sehr viele Kollegen nahmen die SPD-Flugblätter gar nicht erst: „Was sollen wir damit, wir haben genug von Euch!"**

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitslosigkeit gesteuert?

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Bundesregierung und D'K'P-Revisionisten ins gleiche Horn stoßen. Beide behaupten, Krisenerscheinungen wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit seien eine Folge politischer und wirtschaftlicher Planung. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: **Krisen im Kapitalismus sind eine Folge der absoluten Planlosigkeit, der Anarchie der kapitalistischen Produktion.** Die Kapitalisten stürzen sich in ihrer Jagd nach Maximalprofiten auf die Bereiche der Produktion, in denen momentan am meisten Gewinn zu machen ist. Hier erweitern sie die Kapazitäten, verschärfen die Arbeitshetze, erzwingen Überstunden und Sonderschichten und versuchen gleichzeitig, die Löhne zu drücken. Es gibt da keinen Plan, der ausgehend von den gesellschaftlichen Bedürfnissen die wirtschaftliche Entwicklung lenkt. Die kapitalistische Profitgier regiert.

So entstehen Überkapazitäten, weil einerseits die Produktion immer gesteigert wird, während aufgrund des Lohnabbaus die Werktätigen immer weniger Waren kaufen können. Die Rivalität zwischen den Imperialisten verschärft die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, so daß die überproduzierten Waren nicht einfach exportiert werden können. Die Waren stapeln sich in den Lagern, kleine und mittlere Firmen machen Pleite, die Konzerne legen Teile der Produktion still, die Arbeiter liegen auf der Straße.

Das ist ein Gesetz des kapitalistischen Ausbeutersystems. Es zeigt, daß die Entfaltung der Produktivkräfte, die Entwicklung der Produktion, in unversöhnlichem Gegensatz zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen steht, die vor allem durch den Privatbesitz an den Betrieben, den Produktionsmitteln insgesamt, bestimmt sind. Das zeigt, daß der Kapitalismus zur Fessel der weiteren Entwicklung der Produktion geworden ist. Statt Weiterentwicklung der Produktion werden Teile der Produktion eingestellt, Produktionsanlagen zerstört. **Hier zeigt sich, daß der Kapitalismus nicht nur zu den Interessen der Arbeiterklasse in unversöhnlichem Gegensatz steht, sondern jedem weiteren gesellschaftlichen Fortschritt im Weg steht.** Der Kapitalismus ist durch und durch reaktionär; die proletarische Revolution und der Sozialismus sind nicht nur für die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung notwendig, sondern unvermeidliche Voraussetzung für jeden wirklichen Fortschritt im Leben der Menschen, dessen Träger nur die Arbeiterklasse, die allen gesellschaftlichen Reichtum schafft, sein kann.

Das ist es, was die Revisionisten vertuschen wollen: Die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit der sozialistischen Revolution. Darum versuchen sie, die gesetzmäßige Krisenhaftigkeit und Fäulnis des Imperialismus als Folge der Regierungspolitik oder der besonderen "Bösartigkeit" einzelner Kapitalisten hinzustellen. Sie versuchen so, die Illusion zu verbreiten, nach der Behebung dieser "Auswüchse des Kapitalismus" gäbe es keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit mehr.

Das hat die SPD vor 33, deren Rolle heute die D'K'P spielt, auch gesagt. Die Geschichte hat uns gezeigt, welchen Weg die Imperialisten aus der für sie ausweglosen Krise suchen: **Krieg, Eroberung neuer Absatzmärkte und Rohstoffe, Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenten.** Das müssen wir uns angesichts der Revisionisten-Demagogie, die zunächst sehr radikal klingt, aber in Wirklichkeit der Kapitalismus verharmlost und beschönigt, vor Augen halten: **Für die Arbeiterklasse, für alle Werktätigen kann es nur den Weg der proletarischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus geben.**

ÖTV-Bonzen verbieten Arbeitskreis

Einen unerhörten Angriff auf die Interessen der Mitglieder startete der Ortsvorstand der ÖTV Hamburg, indem er den Arbeitskreis Gesundheitspolitik (AKGP) verbot. In diesem Kreis haben in den letzten Monaten etwa 130 Schwestern, Pfleger, Ärzte und Apotheker gearbeitet, um den Aufbau von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen in den einzelnen Krankenhäusern gemeinsam voranzutreiben; den Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen überhaupt zu diskutieren und unter klare Forderungen und Perspektiven zu stellen.

Die Gewerkschaftsbonzen verbaten den Arbeitskreis, weil sie immer deutlicher sahen, daß durch die verstärkte Arbeit an der Basis ihre Rolle als eingefleischte Arbeiterfeinde immer klarer ans Licht kommt.

Sie jammern über die "linksradikale Unterwanderung" des AKGP, weil sie merken, daß im AKGP die Genossen der KPD/ML kompromißlos die äußerst üble Rolle der Crasemann, Lübke, Schnelle und Co. anprangern und daß ihre letzte Stütze — die D'K'P-Revisionisten vom Schlage des V. Friedrichs — mehr und mehr isoliert werden.

In diesen Gewerkschaften kann man nicht anders wirklich für die Interessen der Werktätigen eintreten, als daß man in scharfer Opposition zu den Bonzen sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließt, indem man teilnimmt am Aufbau der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Revolutionär deswegen, weil der Weg des Reformismus nie aus der Misere überhaupt hinausführt. Denn nur, wenn im Kampf gegen alle Arbeiterverräter der kapitalistische Staat gewaltsam zerschlagen wird, wird sich für alle Werktätigen die Lage grundsätzlich ändern.

Der AKGP wird trotz Verbot weiterarbeiten, auch wenn sich die 'K'BW-Intellektuellen wild gestikulierend in den Weg stellen wollen. Der Arbeitskreis wird sich so konsequent zu einem Ansatz für die RGO entwickeln und die Arbeit in den Betriebsgruppen notwendigerweise in dieselbe Richtung führen unter der ideologischen Führung der Partei der Arbeiterklasse — der KPD/ML!

Aus: "Kämpfende Station", Zeitung der KPD/ML und der Roten Garde für die Hamburger Krankenhäuser

POLITISCHE ENTLASSUNGEN VON GRF - KANDIDATEN

Heribert Planz (Schriftsetzer bei der Gießener Allgemeinen"), W. Frohn (Dozent am Fröbelseminar in Kassel) und J. Heuckeroth (Betriebsrat der FFG, eines Wiesbadener Geldinstituts) wurden entlassen, weil sie für die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die sich unberechtigterweise KPD nennt, für die Landtagswahlen in Hessen kandidieren. Das sind klare Fälle politischer Entlassungen, auch wenn wie im Fall des Kollegen Heribert Planz von den Kapitalisten andere fadenscheinige Vorwände ("erheblicher Auftragsrückgang und Arbeitsmangel") als Entlassungsgründe vorgeschoben werden.

KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
SOFORTIGE ZURÜCKNAHME DER ENTLASSUNGEN ALLER GRF-KANDIDATEN!



"DU HAST JA KEINEN ZEUGEN"

In Hüttenheim (Thyssen) wurde die Genossin A. Schulte auf Vorschlag von Jungwerkern als Kandidatin für die Jugendvertreterwahl aufgestellt. Als die Genossin am Morgen des Abgabetermins die Unterschriftenliste in das Betriebsratsbüro brachte, wurde sie vertröstet: Sie könne sich nicht einschreiben, die Kandidatenliste sei nicht da. Nachmittags erklärte dann der Betriebsrat ihre Liste für ungültig, weil Startnummer und Unterschrift der Genossin und der Kollegen, die unterschrieben hatten, fehlten. Der Betriebsrat war nicht einmal bereit, ein Stück Papier herauszurücken, damit die Genossin das ergänzen konnte. Als sie schließlich die ergänzte Liste dem Betriebsrat brachte, behaupteten die Betriebsräte, nun sei es zwei Minuten zu spät, die Listen seien geschlossen. Der Betriebsrat Wagner sagte der Genossin ganz frech ins Gesicht: **"Du hast ja keine Zeugen dafür, daß du heute morgen schon einmal hier warst, aber unsere Listen fehlten. Wir werden auf jeden Fall behaupten, sie seien dagewesen."**

DIE DRECKIGSTE UND SCHWERSTE ARBEIT FÜR 5,80 DM

Seit ca. einem Jahr werden bei ATH (August-Thyssen-Hütte) sogenannte "jugendliche Mitarbeiter" eingestellt, das heißt Jugendliche unter 18 Jahren. Diese Jugendlichen müssen für 70-90% des Ecklohns die dreckigsten und schwersten Arbeiten machen. Sie ersetzen an ihren Arbeitsplätzen ältere Kollegen. Die im Vergleich zu den älteren Kollegen längeren Pausen (1 Stunde am Tag) werden eben vor- und nachgearbeitet. Die schwere Arbeit ruiniert systematisch die Gesundheit gerade dieser Jugendlichen. Da sie über die Gefahren am Arbeitsplatz nicht Bescheid wissen und nicht aufgeklärt werden, passieren häufig Unfälle. Die Jungwerker werden je nach Bedarf von einer Abteilung, von einer Schicht auf die andere geschoben. Ihre Unerfahrenheit und Rechtlosigkeit werden ausgenutzt. Sie werden stunden- oft tagelang an die Arbeitsplätze von kranken oder ausgefallenen älteren Kollegen gestellt und müssen für 5,80 DM die qualifizierte und schwierige Arbeit machen, für die Thyssen sonst 8 DM und mehr zahlen muß.

VERTRAUENSMANN-WAHL DURCHGESETZT!

Bei der NSI (Norddeutsche Schleifmittelindustrie in Hamburg) gab es seit 2 Jahren im wichtigsten Werk keinen V-Mann.

Vor kurzem forderten die Kollegen vom Betriebsrat eine Nachwahl. Sie wollen ihren Kollegen U. wählen, weil er sich bisher konsequent für ihre Interessen eingesetzt hat.

Der Betriebsrat "vergißt" zunächst die Forderung der Kollegen. Dann heißt es: "Ich muß erst die Sitzung der Verwaltungsstelle abwarten, um die Nachwahl durchführen zu können." **Die Kollegen warten drei Wochen. Dann wählen sie selbst geschlossen ihren Kollegen U. zum V-Mann und knallen dem Betriebsrat die Unterschriftenliste auf den Schreibtisch.**

Der Betriebsrat versucht zu spalten. Schleicht sich an einzelne Kollegen heran und fragt sie, ob sie nicht Lust hätten, V-Mann zu werden. Er findet aber keinen einzigen. Dann fängt er plötzlich vor den Kollegen an, gegen "Chaoten" zu hetzen, um den Kollegen anzugreifen, und empfiehlt ihnen stattdessen die "Kommunisten" von der D'K'P.

Doch all seine Manöver kommen nicht an. Die ganzen Tage wird unter den Kollegen über diese unverschämten Angriffe des Betriebsrats gesprochen. Die Empörung über die Gewerkschaftsführung ist groß. Immer klarer wird vielen Kollegen, daß sie nur in harter Opposition zu den DGB-Funktionären ihre Forderungen durchsetzen können, daß sie sich auf ihre eigene Kraft und Solidarität verlassen müssen. Die Keime einer RGO wachsen.

11 Wochen sind seit dem Antrag zur Nachwahl vergangen, als die DGB-Bonzen gezwungen sind, die Nachwahl durchzuführen. Die Kollegen sind stolz auf ihren ersten Sieg.

DAS IST DER "SOZIALE RECHTSSTAAT"

Als ich vor einigen Jahren anfing, im Krankenhaus zu arbeiten, dachte ich: "Da bist du einigermaßen sicher und kannst dir auch politisch was erlauben, denn im Krankenhaus sind sie ja auf die Leute angewiesen." Das war eine Illusion und nicht mehr. Kündigungen, Reserve, Drohungen und Verwarnungen wegen politischer Aktivitäten sind heute schon "alltäglich". Diese Angst vor dem Kommunismus hat seinen Grund. Denn vielen Kollegen wird durch die wachsende Unsicherheit immer klarer, daß es so nicht weitergeht. Sie suchen nach einem Ausweg. Unsere "Kämpfende Station" findet immer mehr Leser, wurde heiß diskutiert und von den Herren von Gesundheitsbehörde und Krankenhausleitung gefürchtet. Wenn man die Reklamen in der bürgerlichen Presse liest, möchte man glauben, der Staat würde etwas tun für die Personallage an den Krankenhäusern.

Das Gegenteil ist der Fall. Es wird heiß rationalisiert, es wird gespart und gekürzt ohne Rücksicht auf Verluste. In meinem Krankenhaus zum Beispiel werden im Durchschnitt pro Woche 2 Leute mehr entlassen als eingestellt. Das sieht zum Beispiel so aus: (die Namen sind geändert)

Walter: 24 Jahre, E-Karren-Fahrer, verheiratet, 1 kleines Kind, 4 Jahre im Betrieb. Entlassungsgrund: 2 mal zu spät gekommen, arbeitet nicht schnell genug, krank geworden und erst am dritten Tag angerufen. Personalrat: "Keine soziale Härte, ein junger Mensch kriegt schnell wieder Arbeit, außerdem ist er schon zu oft krank gewesen für seine Jugend. Walter sucht seit 7 Wochen Arbeit.

Mehmed: 33 Jahre, Hilfsarbeiter, in der Türkei Familie, seit 5 Jahren im Betrieb. Entlassungsgrund: 6 Tage zu spät aus dem Urlaub zurückgekommen aus der Türkei, weil seine Frau dort krank ist und er eine Wohnung besorgen mußte. Das Telegramm, das er schickte, ist nicht angekommen, was oft passiert in südlichen Ländern. Der Personalrat: "Sicher hat er keins geschickt und einen Blau gemacht mit seiner Alten." Mehmeds Aufenthaltsgenehmigung erlischt im Frühsommer, er kriegt natürlich als Gekündigter keine Arbeit mehr.

Hilde: 56 Jahre, Stations- und Küchenfrau, seit 6 Jahren im Betrieb, verheiratet, 3 Kinder, Entlassungsgrund: In 6 Jahren schon beinahe 1 Jahr Fehlzeiten wegen Krankheit, das können wir uns nicht leisten. Der Personalrat: "Das ist auch in ihrem Sinne, wenn man ihr kündigt, wenn sie gesundheitlich so schlecht dran ist, ist es viel besser für sie, wenn sie sich eine leichte Halbtagsarbeit sucht." Hilde hat schon Jahrzehnte im staatlichen Dienst gearbeitet, heute hat sie was am Herzen, nichts als weg mit ihr. Über eine Chance, wieder eine Arbeit zu kriegen, braucht man wohl gar nichts zu schreiben, mit 56 Jahren ...

Das ist der "soziale Rechtsstaat", wie er leibt und lebt, der Arbeiter und kleine Angestellte sind für ihn wie für den Kapitalisten auch nur eine Ware. Ein Recht auf Arbeit gibt es nicht — allein das "Recht", ausgebeutet zu werden.

Revisionistisches

KORREKT VERHALTEN

Ein Mitglied der D'K'P, Rutger Booss, suchte, nachdem er nach abgeschlossenem Examen nicht in den Schuldienst übernommen wurde, einen neuen Job. Er fand ihn als nebenberuflicher Lehrer für Deutsch und Gemeinschaftskunde an der Bonner Schule des Bundesgrenzschutzes. An dieser Schule werden die Wachmannschaften für das Bundespräsidialamt und das Bundeskanzleramt ausgebildet.

Die Junge Union protestierte jetzt gegen die Beschäftigung eines "Kommunisten" an dieser Schule.

Die Antwort von Booss: Der Leiter der Fachschule habe ihm erklärt, daß er sich korrekt verhalten und zu keinen politischen Beanstandungen Anlaß gegeben habe.

"NICHT RENTABEL"

Ein ehemaliger Sympathisant des "Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" hat sich jetzt an die Partei gewandt mit der Bitte um Unterstützung für einen Prozeß. Er ist zusammen mit vielen anderen wegen "Hausfriedensbruch" angeklagt. Alle Angeklagten waren am 13. April als Zuschauer in einem Prozeß gegen einen Führer des "Arbeiterbundes", Sie waren dem Aufruf des "Arbeiterbundes" gefolgt, gegen die Verurteilung dieses "Arbeiterbund"-Führers zu kämpfen.

Als jetzt die Prozesse gegen diese Zuschauer begannen, hieß es auf einmal, daß nichts gemacht wird, "weil es sich nicht rentiert". "Rentabel' ist es also für die Führer des "Arbeiterbundes", Solidarität und Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz auf ihre Fahnen zu schreiben, wenn es darum geht, einen Führer herauszuhauen. Gibt es kein angeklagtes führendes Mitglied ist auch Schluß mit der Solidarität und dem Kampf gegen die politische Unterdrückung.

MIT ZITTERN IN DEN KNIEN

Nach der kaltblütigen Erschiessung des Münchner Taxifahrers durch ein Sonderkommando der Polizei in München, verteilte die 'R'H ev ein Flugblatt, in dem es unter anderem heißt:

"In unserer Gesellschaft wird die Strafe als "Abschreckung" gesehen. Allerdings abschrecken tut dieses Beispiel. Jeder Kontakt zu Menschen, die man nicht kennt, jeder Besuch eines Freundes, **der politisch nicht einwandfrei ist,** kann zu so einem Manöver führen..."

Es ist nichts neues, daß dieser kapitalistische Staat, (der nicht unsere Gesellschaft ist), die Bourgeoisie mit Polizei- und Justizterror "abschrecken" will. Sie erreicht allerdings diese Wirkung mit solchen Morden wie an Günther Jendrian bei der Mehrheit des Volkes nicht. Jeder, der auch nur einen Funken Gerechtigkeitsgefühl und Kampfgeist in sich hat, reagiert nicht mit Zittern in den Knien, sondern mit Empörung, Haß und den Gedanken an Rache und Kampf.

Bei der 'R'H e.V. allerdings hat die Bourgeoisie erreicht, was sie wollte. Sie schlottert so gewaltig vor Angst, daß ihre kommunistische Tünche herunterfällt wie der Putz von der Wand und dahinter der verschreckte Kleinbürger zum Vorschein kommt, der vor dem Kontakt mit "politisch nicht Einwandfreien" warnt. Diese Tatsache, daß die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die ja hinter der 'R'H e.v. steckt, Revolutionäre mit dem Maß der Bourgeoisie mißt, ist nicht neu. Es ist nicht vergessen, daß bei dem Bombenanschlag auf das Nato-Hauptquartier in Heidelberg, die Rote Fahne in fast gleichen Worten wie die UZ der D'K'P gegen diese "faschistische Provokation der Baader-Meinhoff-Gruppe" hetzte.

WIDERWÄRTIGE HETZE

Am 14.5. veranstaltete die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft eine Diskussionsrunde zum Thema: Sowjetunion und China, was unterscheidet sie?

Die Genossen der Partei vertraten, übereinstimmend mit der KP Chinas, daß die VR China ein sozialistisches Land, ein Bollwerk der Revolution ist, während die heutige Sowjetunion eine faschistische Diktatur und eine imperialistische Supermacht ist. Dagegen erhob sich Protest. Eine Vertreterin des 'K'BW meinte: "Ich bin zwar für die VR China, weil sie ein sozialistisches Land ist und gute Sachen macht, aber das mit dem Faschismus ist falsch und wir brauchen auch nicht jeden Furz nachzubeten, den die KP Chinas läßt."

Tod nach Vorführung im Hörsaal

Fortsetzung von Seite 1

Medizinstudenten berichten, daß sich Yamina am Montag in einem sehr schlechten Zustand befand. Die Ärztin der Station hielt das Krankheitsbild ebenfalls für bedrohlich und eine Operation für unumgänglich.

Am selben Tag kündigte Professor Reiffenscheid seinen Studenten für den nächsten Tag die Vorführung einer Patientin mit Magenverdrehung an.

In einem Info der Fachschaft Medizin, Sonderausgabe vom 24. Mai, heißt es:

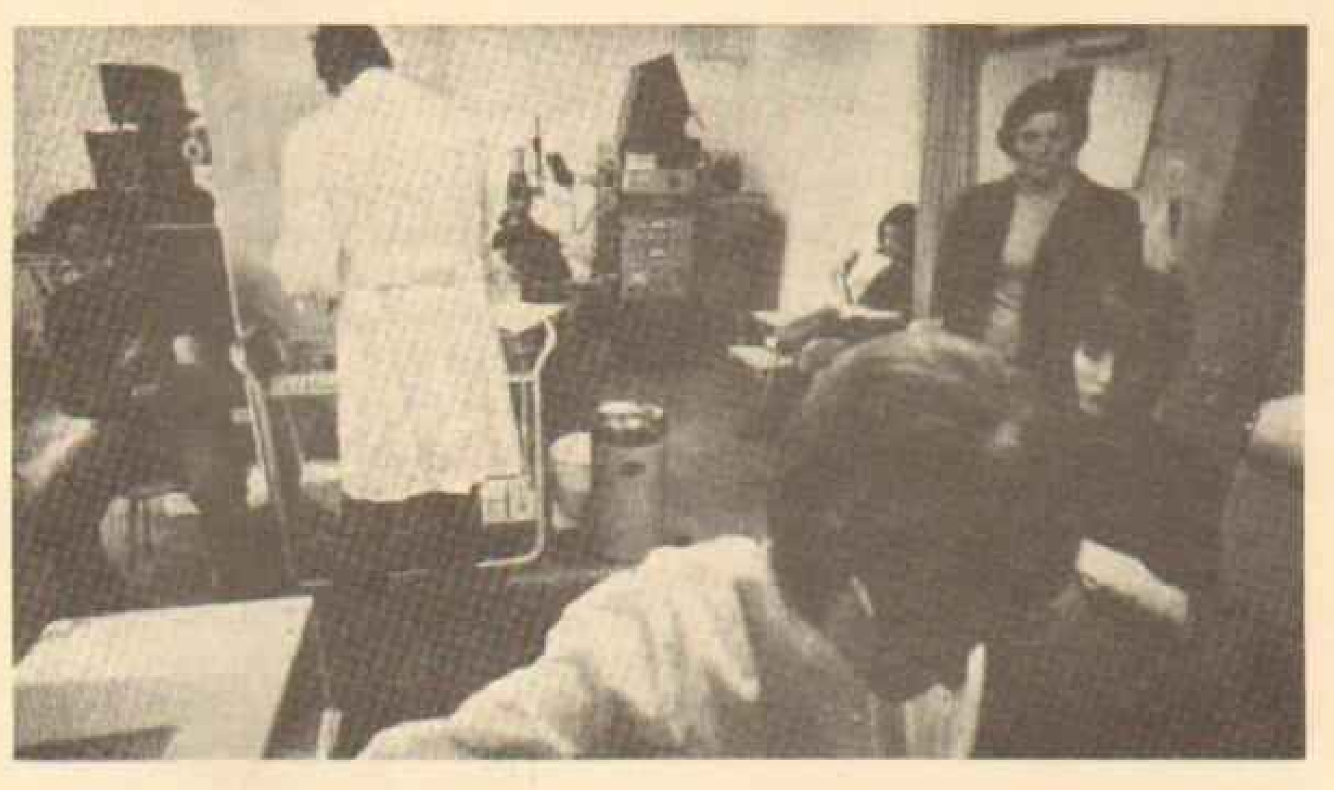


"Am nächsten Morgen befand sich die Patientin bereits um 7.25 Uhr im Vorraum zum Hörsaal. Sie stöhnte und schrie so stark, daß es die Kommilitonen im Hörsaal hörten. Bis zum Hals zugedeckt, wurde sie in den Hörsaal gefahren. Sie war nicht an eine Infusion angeschlossen. Sie wurde während der darauffolgenden Vorlesung weder untersucht, noch besonders medizinisch versorgt. Professor Reiffenscheid demonstrierte die Röntgenbilder, die Patientin stöhnte und erbrach sich. Die Vorlesung über Magen-Volvulus (Magenverdrehung) wurde fortgesetzt. Der Pfleger stürzte zur Patientin, maß den Puls, sprach Professor Reiffenscheid an. Beide flüsterten, die Patientin wurde sofort aus dem Hörsaal gebracht. Professor Reiffenscheid berichtet: "Diese Nacht hat die Patientin, wie mir meine Mitarbeiter berichten, eine schwere Psychose durchgemacht. Ich meinte, eine schwere Psychose ist kein Grund, die Patientin nicht vorzustellen." Als Studenten sich empörten, daß eine offensichtlich mit dem Tode ringende Frau hier vorgeführt wird, sagte der Professor: "Wir haben die Situation im Griff. Sie als Student haben nicht das nötige Wissen, um den Fall beurteilen zu können." — 30 Minuten später ist Yamina Abdel Yaliki tot.

So wenig Achtung Professor Reiffenscheid vor dem Leben Yaminas hatte, so wenig Achtung hat er vor ihrem Tod. Bereits zwei Stunden nach ihrem Tod beginnen Professor Reiffenscheids Ärzte an ihrer Leiche herumzuschneiden (vorgeschrieben ist eine Wartefrist von 24 Stunden). Im Saal anwesende Studenten dürfen nicht wie sonst üblich ein Protokoll der Sektion anfertigen.

Der Oberarzt der chirurgischen Abteilung zu Krankenschwestern und Assistenten: Über diesen Fall darf nicht gesprochen werden. Das zitierte Info der Fachschaft Medizin wird auf Anweisung der Hochschulverwaltung eingezogen.

Der Tod von Yamina hat die Studenten aufgewühlt. Klar ist, daß hier ein Professor einen kranken, wehrlosen Menschen auf dem Altar der bürgerlichen Wissenschaft und seiner persönlichen Eitelkeit geopfert hat. Yamine war für ihn kein kranker Mensch, sondern ein "Magen volvulus", geeignet, die Vorlesung des Professors als Anschauungsmaterial "interessanter" zu machen.



Betten auf dem Flur, überfüllte Wartesäle — medizinische Versorgung der Werktätigen im Kapitalismus.

Was aber ist der tiefere Grund dafür, daß Yamine sterben mußte?

Als ein Tag nach ihrem Tod ein Student Professor Reiffenscheid fragte, ob die Frau eines Kollegen oder eines Rechtsanwalts im gleichen Zustand vorgeführt würde, antwortete er, auf dieser emotionalen Ebene (!) könne er die Diskussion nicht fortsetzen. Er könne anhand einer Liste belegen, daß Privatpatienten vorgestellt worden seien. Die Studenten haben andere Erfahrungen gemacht. Beim Untersuchungskurs im 1. Semester des operativen Fachbereichs zum Beispiel wurde eine Gruppe von Studenten zwar offiziell für die Privatstation eingeteilt, untersucht wurde dort aber nicht. Der Arzt führte die Studenten auf eine andere Station.

Es ist eben nicht so, daß in den Krankenhäusern bei uns der Patient immer nur interessantes Schauobjekt ist. Es ist nicht so, daß alle in überfüllten Krankensälen unter den katastrophalen Zuständen des westdeutschen Gesundheitswesens leiden und auch sterben müssen. Im kapitalistischen Gesundheitssystem gibt es auch Fürsorge für den Patienten. Dann, wenn er wer ist, wenn er Geld, Macht und Einfluß hat. In den meisten Fällen gibt es diese Fürsorge nicht. Da rühren Professoren wie Reiffenscheid keinen Finger, obwohl sie wissen, daß — wie bei Yamina — eine Operation ihr Leben retten kann. Dann, wenn die Patienten kein Geld haben, wenn ihr Tod keine Schlagzeile in der Presse hervorruft. Dann, wenn diese Patienten Arbeiter sind. **Yamine mußte sterben, weil sie Arbeiterin ist. Das ist der tiefere Grund für ihren Tod.**

Damit Menschen wie Yamine leben können, damit sie ein menschenwürdiges Leben frei von Ausbeutung und Unterdrückung gewinnen, bleibt ihnen kein anderer Weg, als sich im Kampf für die Freiheit und das Recht ihrer Klasse, der Arbeiterklasse, zusammenzuschließen und unter der Führung der KPD/ML das kapitalistische System zu zerschlagen.



Im Sozialismus wird alles für die Gesundheit des Volkes getan.

KRANKENBEHANDLUNG

Gedicht von Erich Weinert 1930

DER KRANKE MINISTER

Wenn der Herr Minister Verdauungsstörungen hat,
Werden Bulletins in die Welt gesandt.
Dann geht ein Wimmern durch jedes Käseblatt
Und ein nationales Bangen durchs Vaterland.
Fünfundzwanzig Medizinalratsgestalten
Fummeln mit wissenschaftlichem Gebrumm
In seinem kostbaren Organismus herum,
Um ihn der Nation zu erhalten.
Und ist sein Stuhlgang wieder in Gang,
Dann gratuliert man ihm 14 Tage lang.

DIE KRANKE FRAU MINISTER

Sie hat ab und zu Asthma vom vielen Fett,
Und ein bißchen Migräne, drum bleibt sie im Bett,
Drei Hausärzte halten Tag und Nacht
An diesem kapitalkräftigen Fettklumpen Wacht.
Sie darf natürlich wieder nichts essen;
Dabei frißt sie den ganzen Tag Delikatessen.
Drei Zofen müssen sie dauernd bedienen
Mit Wärmekissen und Medizinen.
Und der Arzt sagt: "Gnä' Frau, bin gar nicht zufrieden!
Sie müssen ein Vierteljahr nach dem Süden!"

DAS KRANKE SCHOSSHÜNDCHEN

Wenn Bulli mal ein trocknes Näschen hat,
Und die süßen Kulleraugen sind matt,
Wird eiligst beim Tierarzt angeläutet:
"Herr Doktor, Sie wissen, was das bedeutet!
Tausend Mark kostet mich das süße Geschöpfchen!"
Der Doktor untersucht und befingert ihn,
Gibt ihm Klistier, setzt ihn aufs Töpfchen,
Verschreibt ihm teure Medizin
Und verordnet für die nächste Woche,
Daß man ihm täglich ein zartes Hühnchen koche.

DER KRANKE PROLET

Seine Lungen sind zerfressen und ausgehöhlt.
Er ist bei der Arbeit zusammengeklappt.
"Herr Doktor, aber mein Krankenschein fehlt,
Ich hab die fünf Groschen nicht mehr gehabt!"
"Da können Sie gleich wieder umkehren, Mann!
Ohne Krankenschein ist nichts. — Der Nächste ist dran!"
Du kranker Prolet hast kein Recht zum Leben;
Du kannst den Schmarotzern doch nichts mehr geben;
Daß dieses Pack vor Gesundheit strahlt,
Du hast es mit deinem Elend bezahlt!

Vom Aufbau des Sozialismus

WACHSENDER VERBRAUCH VON MASSENKONSUMGÜTERN – SINKENDE PREISE

Besonders in den Jahren des letzten Fünfjahrplans ist die Produktion und der Verkauf von Massenkonsumgütern in Albanien ständig gestiegen. So wurden — verglichen mit 1960 – 1970 z.B. 130,8% mehr Milch verkauft, 88,8 % mehr Käse, 75% mehr Zucker, 64,8% mehr Fisch und Fleisch, 79% mehr Leinen und Textilien, 104,2% mehr Schuhe, 75,1% mehr Möbel. Verglichen mit 1970 stieg der Verkauf von Fernsehgeräten auf das 22fache.

Bemerkenswert ist vor allem die Steigerung des Verkaufs von Konsumgütern auf dem Lande. Dort wurden 1970 im Vergleich zu 1960 zwei mal mehr Textilien verkauft, vier mal so viel Radios, 3 mal so viel Möbel etc.

Diese Zahlen beweisen, daß in einem sozialistischen Staat, in dem die entscheidenden Teile der Produktion und des Handels in den Händen des Staates liegen, der materielle Wohlstand des Volkes ständig steigt. Das wirkt sich auch auf die Preise aus. Während bei uns die Teuerungsrate immer höher klettert, lag in Albanien 1973 der Preisindex um 8% niedriger als 1960.

GROSSE ERFOLGE AUF KULTURELLEM GEBIET IN ALBANIEN

Mit dem Sieg der Revolution am 29.11.1944 in Albanien brach für das albanische Volk auch auf kulturellem Gebiet ein neues Leben an. Das Ziel sozialistischer Kultur und Kunst ist, eine mächtige Waffe der kommunistischen Erziehung zu sein und immer besser die Wünsche der Massen zu erfüllen. **Wie groß darum die Bedeutung ist, die die Partei der Arbeit und der albanische Staat der Entwicklung von Kultur und Kunst beimessen, drückt sich in den Worten Enver Hoxhas aus: "Unser sozialistisches Leben ist Kultur und muß Kultur sein."**

Nach der Befreiung wurde Albanien mit einem breiten Netzwerk von Schulen überzogen. Darüberhinaus wurden bis heute rund 2 500 Kulturhäuser gebaut. Jeder Betrieb und jede landwirtschaftliche Kooperative hat ihre eigene kulturelle Einrichtung, die breite künstlerische und kulturelle Aktivitäten entfaltet.

Das Filmstudio "Neues Albanien" hat 450 Kinos errichten lassen, die jährlich von rund 20 000 000 Zuschauern besucht werden. Jedes Jahr werden jetzt in Albanien einige Spielfilme und hunderte von Dokumentarfilmen gedreht. Nach der Befreiung wurden zum ersten Mal Gebietstheater und Variete-Shows aufgebaut, die in allen Städten und Dörfern des Gebiets auftreten. Das Volkstheater in Tirana und sein Opern- und Balletthaus, sein Zirkus und sein staatliches Gesang- und Tanz-Ensemble haben inzwischen nicht nur in Albanien selbst Berühmtheit erlangt.

Große Bedeutung hat in Albanien auch das Buch gewonnen. Allein die Büchereien enthalten heute 2 500 000 Bücher. Daneben hat jedes Kulturhaus jeder Klub der Gewerkschaften, die Schulen und die Armeeinheiten usw. ihre eigene Bücherei. Allein im letzten Jahr wurden 700 Bücher aufgelegt, In den letzten drei Jahren hat sich der Umfang an literarischen, ideologisch-politischen und wissenschaftlich-technischen Büchern verdreifacht. (Um diese Zahlen richtig verstehen zu können, muß man wissen, daß vor der Befreiung Albaniens 5 Büchereien mit insgesamt 25 000 Büchern besaß, das insgesamt 183 000 Bücher existierten).

Einen bedeutenden Raum in der Förderung des kulturellen Lebens nimmt die Wahrung der Tradition ein. Um die Massen in der Tradition des Klassenkampfes und des Patriotismus erziehen zu können, wurden bisher 1440 Nationalmuseen im Land aufgebaut. Gleichzeitig wurde der Ausbau kleiner Museen in Schulen und Betrieben gefördert. In einigen Gebieten hat jedes Dorf sein eigenes Museum. In den letzten Jahren, im Prozeß der Revolutionierung des Lebens im ganzen Land, ist eine breite Massenbewegung auf dem Gebiet von Kultur und Kunst entstanden. So haben zum Beispiel allein in der Folklorebewegung im Gebiet von Gjirokastra 40 000 Menschen teilgenommen. Tausende von Amateuren machen beim Theater, bei Variete-Shows und bei Musikveranstaltungen mit.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

MADRID Trotz Polizei-Terror - das spanische Volk kämpft

MACHTVOLLER STREIK

Wie die Presseagentur des Spanischen Volkes (A.P.E.P.) in ihrer neuesten Ausgabe berichtet, fand im Januar in Madrid bei den Standard Electric-Werken, die zu dem US-Konzern ITT gehören, ein kämpferischer Streik der Arbeiter statt. Die OSO (Arbeitergewerkschaftsopposition) hatte die Forderung aufgestellt: 500 Peseten pro Tag, 30 Tage Urlaub, 40 Stunden-Woche sowie einige weitere Forderungen.

Die Revisionisten der ,,K"P Spaniens versuchten mit ihren sogenannten ,,Arbeiterkommissionen" den Kampf abzuwiegeln. Sie übernahmen die Forderungen der OSO, doch nicht um für sie zu kämpfen, sondern um die Arbeiter auf den Weg des Versöhnlertums zu führen. Sie machten eine Unterschriftensammlung und gaben sie an die faschistischen Gewerkschaftsführer weiter. Als die Betriebsleitung der Gewerkschaftsführung daraufhin lächerliche Lohnerhöhungen von 30 Peseten pro Tag anbot, versuchten die Betriebsräte, die Forderungen der Arbeiter abzuwiegeln.

Die Arbeiter aber gaben ihre Antwort: Streik!

Am 16. Januar versammelten sich im Werk Villaverde 3.000 Arbeiterinnen. Die Genossen der OSO erreichten auf der Versammlung eine einstündige Arbeitsniederlegung. Am folgenden Tag wiederum einstündiger Streik und Versammlung. Auch im Werk Remirez del Prado versammelten sich einige tausend Arbeiter und hielten eine Versammlung im Eßsaal ab, während sich die Polizei bereits der Fabrik nähert. An den folgenden Tagen werden Kurzstreiks und Versammlungen fortgeführt. Immer mehr Arbeiter unterstützen die Forderung der OSO: Sofortige Entlassung des verräterischen Betriebsrates. Die Revisionisten hingegen versuchten, den Kampf zu bremsen.

Die Unterdrückungsmaßnahmen werden verschärft. Polizei kommt in die Betriebe, um die Versammlungen aufzulösen. Zugleich geht die Unternehmensleitung gegen die Genossen vor, die besonders aufgetreten waren. Schließlich unterzeichnen die Delegierten der faschistischen Gewerkschaft ein Abkommen mit dem Unternehmen, in dem die Forderungen der kämpfenden Arbeiter in keinster Weise erfüllt werden.

Die Arbeiter sind empört, verlangen die Abdankung des Betriebsrates und wollen streiken. Aber aufs neue versuchen die Revisionisten mit ihren Arbeiterkommissionen den Arbeitern Angst zu machen, indem sie sagen, daß sie entlassen würden, wenn sie streiken.

Auf einer Versammlung in Ramirez de Prado bringt die OSO die Parole ein: "Abdankung des Betriebsrates." Gegen den Widerstand der Revisionisten stimmen die Arbeiter zu und beschließen den Streik gegen das Abkommen und den verräterischen Betriebsrat. Die anderen Werke von Standard in Madrid werden verständigt. Ergebnis: In Villaverde wird sofort der Streik ausgerufen. Polizeijeeps kreisen das Werk ein. Am nächsten Tag wird auch im Forschungszentrum Barajas und zeitweilig in den Büros Conde Penalver gestreikt. Die Polizei dringt in die Fabriken ein, um die Arbeiter, die die Fabriken besetzt halten, hinauszuwerfen. Die Regierung ordnete Aussperrung an.

Alle Werke von Standard werden geschlossen. Man kündigt an, daß sie am 31. Januar wieder geöffnet werden. In diesen Tagen beginnt die Polizei mit Verhaftungen. Viele Genossen bleiben über Nacht nicht in ihren Wohnungen. **Als am 31. aber die Werke in Villaverde und Ramirez de Prado geöffnet werden, führen die Arbeiter von Villaverde den Streik fort.** In einem Flugblatt fordert die OSO auf, weiter zu streiken für die Wiedereinstellung der Entlassenen, für die Freilassung der Festgenommenen und die Abdankung des Betriebsrats. Als am 2. Februar der Streik von vielen Arbeitern entmutigt abgebrochen wird, gelingt es entschlossenen Arbeitern noch einmal ,Streikposten aufzustellen. Immer schneller dehnt sich der Streik aus, bis die ganze Fabrik wieder streikt. Die Polizei wirft die Arbeiter erneut aus dem Werk und die Fabrikleitung schließ die Fabrik auf unbegrenzte Zeit. 4000 Arbeiter werden entlassen.

Die Solidarität mit den Streikenden dehnt sich auf ganz Madrid aus. Die OSO und die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) organisieren in der Stadt die Unterstützung des Streiks. Die OSO konzentriert alle Anstrengungen auf die Verteidigung der Entlassenen. Die Unternehmensleitung schickte in den nächsten Tagen Wiedereinstellungsbriefe an fast alle Entlassenen. In Villaverde werden die wiedereingestellten Arbeiter einzeln aufgerufen, untersucht und dabei von der Guardia Civil mit Maschinenpistolen bedroht.

Das zeigt, was die Oligarchie aus Spanien macht: Ein riesiges Konzentrationslager, in dem das Yankee-Kapital die Arbeiter ausbeutet, mit Hilfe von Maschinenpistolen der Guardia Civil und den Folterungen der B.P.S. (Geheimpolizei). Die Arbeiter der Standard-Werke aber haben gezeigt, daß das spanische Volk nicht bereit ist, dies zu dulden, daß sein Kampfgeist nicht nur ungebrochen ist, sondern von Aktion zu Aktion wächst.

GUARDIA CIVIL - MÖRDER!

Madrid. Francisco Madrigal, 21 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in San Sebastian de los Reyes wurde von der Guardia Civil auf offener Straße hinterrücks ermordet. Am Samstag, den 19.1. ging er mit Freunden nach Hause, als sie die Guardia Civil anhielt und die Papiere verlangte. Sie behielt die von Francisco und sagten ihm, er solle sie am nächsten Tag abholen. Er antwortete, daß er aus familiären Gründen sie erst am Montag abholen könne. Daraufhin versuchten die Polizisten, ihn zu verhaften, aber er ging einfach weiter.

Ohne eine Warnung abzugeben, schossen ihn die Polizisten in den Rükken. Seine Freunde stürzten sich ganz erregt auf sie, aber statt einer Antwort schossen sie auf den am Boden liegenden Francesco, bis er tot war.

Am nächsten Tag ging die Nachricht von diesem Mord wie ein Lauffeuer durch das Dorf S. Sebastian. Am Dienstag versammelten sich mehr als 3000 Personen, um den Sarg von Francisco zum Friedhof zu begleiten. Die Polizei versuchte, die Demonstration durch Nebenstraßen abzudrängen, aber es gelang ihnen nicht. **Auf dem Weg durch die Hauptstraßen schlossen die Gaststätten und die Geschäfte ihre Pforten. Die Bauarbeiter stellten ihre Arbeit ein. Als die Demonstration vor der Kaserne der Guardia Civil anlangt, zählt sie schon mehr als 10 000 Personen. Die Erregung steigt, die Menge bleibt stehen und tausende Stimmen rufen: "GUARDIA CIVIL – MÖRDER!"**

Nach der Beerdigung blieben mehr als 7000 Leute eine halbe Stunde vor der Kasernen stehen und bekundeten ihren Unmut. Die Polizei war gezwungen, brutal einzugreifen, um die Menge zu vertreiben.

Diese Tatsachen sprechen für sich selbst und zeigen die Angst, die die kriminelle Regierung unter Leitung des Henkers von Malaga, Arrias Vavarro, vor dem Ansteigen der Massenkämpfe hat. Die Polizisten schießen wie wild und ohne jeden Grund, um ein Klima des Terrors zu schaffen. Das ist ihre einzige Möglichkeit, um die faschistische Regierung noch zu stützen.
(Agencia de prensa espana popular – A.P.E.P.)

A.P.E.P. AGENCIA DE PRENSA ESPANA POPULAR

Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes, c/o Projektgruppe Internationalismus, ESG Bochum, 63 Bochum, Lennerhofstr. 66, Baracke 8

Demonstration in Lissabon

"Junta zur Rettung des Kapitals!"

Mit einer breiten Welle von Streiks kämpfen die Werktätigen in Portugal für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen: Arbeiter eines Elektrokonzerns und von pharmazeutischen Werken, Bergarbeiter, Omnibus- und Straßenbahnfahrer, Postbeamte sowie Bäcker und Fischer streikten für höhere Löhne, Zuschläge bei Nachtarbeit, für den arbeitsfreien Sonntag usw. Weit verbreitet ist auch die Forderung nach einem Mindestnettolohn von 6000 Escudos (ca. 600 DM) monatlich, den Industriearbeiter zum Teil bereits erkämpfen konnten.

Die Antwort der Junta und ihrer Regierung: In die Betriebe wurden Offiziere geschickt, um die Streiks abzuwürgen, ein 30tägiger Lohn- und Preisstopp wurde verhängt, um die Kämpfe zu illegalisieren, der Mindestnettolohn wurde bei 3300 Escudos monatlich eingefroren. **Die Junta, die bei ihrem Putsch sich den Titel "Junta zur Rettung der Nation" gab, droht dem Volk offen mit Gewalt.**

"Junta zur Rettung des Kapital", riefen die Demonstranten, die zu tausenden durch die Hauptstraßen Lissabons marschierten, immer wieder, als Polizeitruppen mit Tränengas, Wasserwerfern, berittener Polizei und Straßenpanzern gegen sie vorgingen. Mehrmals kam es zu Straßenkämpfen zwischen den Demonstranten, die unter der Führung von Marxisten-Leninisten gegen das Regierungsschauspiel von der "Rettung der Nation" ankämpfen und den Polizeieinheiten der Regierung. Offen hat auch Spinola gedroht: "Die Streitkräfte werden mit Gewalt zurückschlagen."

Die Marxisten-Leninisten und andere fortschrittliche Kräfte prangerten vor der Bevölkerung vor allem auch die Verräterrolle der Revisionisten der 'K'P Portugals an. Der Revisionist Cunhal, Generalsekretär dieser Verräterpartei, den Spinola zum Minister gemacht hat, billigte mehrmals nachdrücklich das Vorgehen gegen die Bevölkerung und diffamierte die Kämpfe der Arbeiterklasse als "linke Abenteuer".

Als Minister ohne Ministerium ist es seine besondere Aufgabe, den sozialen Betrug an der Bevölkerung zu inszenieren. Ständig wird Cunhal von sämtlichen Regierungssprechern zitiert, um der Bevölkerung vorzuspielen, "die Kommunisten sind auch für die Spinola-Junta". Für seine Bemühungen, den Kampf des portugiesischen Volkes zu würgen erhält Cunhal und seine Revisionistenpartei das Lob der in- und ausländischen Kapitals. Die "Neue Züricher Zeitung" über die 'K'P Portugals und Cunhal: **"Sie tut was in ihrer Macht liegt, um die gefährliche Agitation zu entschärfen".** Allerdings. Und dabei scheut sich Cunhal nicht, für das Kapital den Bluthund zu spielen.

Aber auch die "Neue Züricher Zeitung" muß zu ihrem Leidwesen erkennen: **"Es ist deutlich, daß die KP keineswegs über genügend Einfluß unter den Arbeitern und Angestellten verfügt, um ihre Sicht der Lage durchsetzen zu können."** Das portugiesische Volk wird sich durch den Betrug der Revisionisten nicht davon abbringen lassen, seinen revolutionären Weg zu gehen, sondern es wird den Betrug immer besser erkennen, bekämpfen und auf dem Weg zur proletarischen Revolution vorangehen.

GUINEA-BISSAU, ANGOLA, MOCAMBIQUE

KEIN FRIEDEN OHNE SOFORTIGE UNABHÄNGIGKEIT!

Bei den Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und der Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) über einen Waffenstillstand und die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln beweist sich, daß das Gerede der Spinola-Junta über die Selbstbestimmung der früheren Kolonien nur leere Versprechungen waren: Portugal ist nicht bereit, die Kapverdischen Inseln freizugeben. **Die neuen Herren halten nicht anders wie die vorherigen daran fest, in Afrika ihre Finger zu behalten. Zugleich geht es dabei nicht nur um die Interessen der portugiesischen Kolonialisten, sondern auch um die Interessen des US-Imperialismus:** Die Nato hat die Kapverdischen Inseln zu einem ihrer wichtigsten Stützpunkte für ihre Luft- und Seeflotte gemacht, mit der sie an den Küsten Afrikas die Völker bedroht.

Die PAIGC aber beharrt auf ihrem gerechten Standpunkt: Solange die Kapverde-Frage nicht gelöst ist, kann es keinen Waffenstillstand, keinen Frieden geben.

Als der portugiesische Minister "für internationale Zusammenarbeit" sich in Mocambique aufhielt, streikten über 5000 Docker und Hafenarbeiter sowie die 2000 Arbeiter am Cabora-Bassa-Staudamm, sodaß die Arbeiten vorübergehend eingestellt werden mußten: Die Forderung der Streikenden: Höhere Löhne sowie die Absetzung von Vorgesetzten, die aus dem rassistischen Regime in Südafrika geholt und als Aufpasser gegen die Arbeiter eingesetzt worden waren.

In der Hauptstadt Angolas, Luanda, demonstrierten vor dem Gouverneurspalast über 5000 Menschen und forderten die sofortige Unabhängigkeit Angolas und die Beendigung des Kolonialismus. Immer wieder riefen sie den Namen des Führers der angolanischen Befreiungsbewegung MLPA, Agosthino Neto. Agosthino Neto, Vorsitzender der MLPA hatte in einer Stellungnahme bekräftigt, daß die MLPA weder ein Referendum noch einen Waffenstillstand in Angola akzeptieren würde, wenn die Regierung in Lissabon nicht zuvor das Prinzip der völligen Unabhängigkeit Angolas akzeptiere.

Aus aller Welt

CHILE

Es wird berichtet, daß in Santiago, Valparaiso und in anderen Städten die Arbeiter, Studenten und andere fortschrittliche Kräfte unaufhörlich Demonstrationen und Streiks durchführen. Allein im Verlauf des Monats März begannen die Arbeiter von mehr als 20 verschiedenen Industrieunternehmen, zu streiken. Sie protestierten gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

PAKISTAN

Auf einer Pressekonferenz in Lahore am 19. Mai hob der pakistanische Premierminister Z.A. Bhutto hervor, daß Pakistan sich niemals der atomaren Erpressung durch Indien unterwerfen wird. Pakistan "wird keinen Kompromiß über das Selbstbestimmungsrecht der Völker von Jammu und Kashmir machen. Noch werden wir eine indische Hegemonie oder Vorherrschaft über den Subkontinent dulden."

USA

Die Arbeiter haben in diesem Jahr mit wachsenden Lohnkämpfen auf die verstärkte Ausplünderung geantwortet. Nach offiziellen statistischen Angaben gab es in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1 140 Streiks, weitere 200 begannen im letzten Jahr und wurden in diesem Jahr fortgesetzt. Die Gesamtzahl der Streikenden betrug 500 000. Das Monopolkapital verlor dadurch 4,42 Mio Arbeitstage.

VIETNAM

Der Außenminister der Republik Südvietnam veröffentlichte eine Stellungnahme, in der die USA und die Saigoner Thieu-Clique der Verletzung des Pariser Abkommens angeklagt werden. Nachdem Tatsachen über die Verletzung des Abkommens aufgezeigt werden, heißt es in der Stellungnahme, daß die Saigoner Administration wiederholt Angriffe in Gang setzt und auf illegale Weise viele Plätze und Orte besetzt hält, die unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams stehen, daß sie die zerstörerische Bombardierung und den Granatwerferbeschuß von dichtbesiedeltem Gebiet, das unter Kontrolle der Revolutionsregierung steht, gesteigert hat und daß sogar die Unabhängigkeit und Souveränität des Königreichs Kambodscha grob verletzt worden ist.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Die chinesische Arbeiterklasse - Von Lohnsklaven zu Herren des Landes



Ein erfahrener Arbeiter leitet jüngere Kollegen bei der Arbeit an.

Kurz vor dem 1. Mai dieses Jahres schrieb Dschang Hung-kun, Kommunist und Techniker des Eisen- und Stahlwerkes "Schoudu" in Peking, die Geschichte seines Lebens auf, die Geschichte eines Arbeiters, der von einem Lohnsklaven zum Herrn seines Landes wird.

Welche Bedeutung hat die Sieg der Revolution in China? Diese Frage stellen heute, beeindruckt von den Errungenschaften des chinesischen Volkes, viele Arbeiter. Deshalb wird auch die Bourgeoisie nicht müde, mit Lügen, Verdrehungen und offener Hetze darauf zu antworten. Für China, dieses arme Agrarland, war der Sozialismus ganz gut, heißt es. Aber je mehr sich China zu einem Industrieland entwickelt, desto mehr wird sich zeigen, daß es auch hier wenige gibt, die herrschen und viele, die beherrscht werden. Große Industrie ohne Kapitalisten gibt es nicht – das ist der Grundtenor all diese Sprüche.

Ungewollte verraten die bürgerlichen Propagandisten damit den Grund ihrer Hetze. Sie wollen den Arbeitern hier einreden, daß es sinnlos ist, Revolution zu machen, weil sie niemals mit den großen Betrieben und der komplizierten Lenkung von Wirtschaft und Staat fertig werden könnten, und deshalb notwendigerweise die Macht immer in der Hand von Kapitalisten liegen müsse.

Die Geschichte Dschang Hung-kuns beweist uns das genaue Gegenteil. Hören wir ihn selbst:

„1942 begann ich zu arbeiten. Unter der Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus hatten wir Arbeiter im alten China wirklich nichts als unsere Ketten. In den nur 25 Jahren seit der Befreiung aber hat China einen gewaltigen Wandel erfahren.

Zwei Welten

Ich habe heute noch das Bild von dem stark beschädigten Schidjingschan-Hüttenwerk – dem Vorläufer unseres heutigen Schoudu-Hüttenwerks – zur Zeit der Befreiung im Dezember 1948 vor Augen. Überall im Werk sah man Schutthaufen und das Unkraut wucherte in allen Ecken. Einer von den nur zwei Hochöfen wurde von den japanischen Aggressoren kurz vor ihrem Abzug im Jahre 1945 mit geschmolzenem Roheisen zerstört, so daß nun die Raben darauf nisteten. Nach Japans Kapitulation im Jahre 1945 beherrschte die Kuomintang das Werk drei Jahre lang, und es produzierte erst im letzten Jahr ihrer Herrschaft Roheisen, und auch da nur 36.000 t. Obwohl das Werk pompös „Stahl- und Eisenhüttenwerk" hieß, hatte es nie ein einziges Kilogramm Stahl hergestellt.

Das heutige Eisen- und Stahlwerk „Schoudu" hat sich zu einem modernen Eisen- und Stahlkombinat entwickelt, das alle Arbeitsgänge von der Erzförderung über die Verhüttung bis zum Walzen umfaßt. Der ganze Betrieb besteht aus mehr als 70 Fabriken, Bergwerken und anderen Einrichtungen mit einer Gesamtbelegschaft von 90.000 Personen.

Unser Betrieb kann heute nicht nur Eisenerz gewinnen und Roheisen, Stahl und normalen Walzstahl erzeugen, sondern auch Hochpräzisionsstahlrohre und Spezialwalzstahl.

Die Große Proletarische Kulturrevolution hat der Produktion einen großen Impuls gegeben. Unser Betrieb hat einen großen Erztagebau erschlossen, der uns ermöglichte, die Erzförderung von 1965, dem Jahr vor Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution, bis 1973 um mehr als das Vierfache zu erhöhen und so unseren Bedarf an Erz und pulverisiertem Erzkonzentrat selbst zu decken. Von 1971 bis 1973 wurde die Erzförderung pro Jahr im Durchschnitt um 22,5% und die Stahl- und Eisenproduktion um 13,8 bzw. 11,7% gesteigert. Im Vorjahr produzierte allein ein Hochofen mehr als dreimal so viel Roheisen, wie das Werk in den ersten 30 Jahren vor der Befreiung erzeugt hatte. (8,4 Mio. t – RM).

Mit der raschen Entwicklung der Produktion hat auch das Leben von uns Arbeitern eine grundlegende Veränderung erfahren.

Das Damoklesschwert der Entlassung ist für immer beseitigt worden.

Ich erinnere mich oft an den Winter und den Frühling 1946, als die Kuomintang herrschte und es zu einer allgemeinen Stagnation kam. Eine große Anzahl von Arbeitern wurde auf die Straße gesetzt. Unter Tausenden von Arbeitslosen erhielten nur ein- bis zweihundert die begehrte Karte für eintägige Gelegenheitsarbeit.

In unseren sozialistischen Unternehmen darf kein Arbeiter einfach entlassen werden. Dank der ständigen Entwicklung der Produktion steigt die Zahl der Beschäftigten im Gegenteil sogar ständig. In der Eisengießerei zum Beispiel, in der ich heute arbeite, ist die Arbeiterzahl von 200 zur Zeit der Befreiung auf 1.300 gestiegen.

Früher brauchten wir über fünfzig Arbeiter pro Schicht, heute aber sind sieben Leute genug. Das Eisenschmelzen war früher mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden. Wir hatten das Erz mit großen Vorschlaghammern und anderen Werkzeugen zu zerkleinern; vom Beschicken bis zum Abstich, alles geschah mit Körperkraft. Heute wird fast die ganze Arbeit von Maschinen verrichtet, und einige Prozesse sind automatisiert worden. **Die frei werdenden Genossen wurden zur Erweiterung der Produktion eingesetzt.** Unser Betrieb hat viele neue Produktionszweige aufgebaut, und es wurden viele neue metallurgische Unternehmen überall in China errichtet, die Fachkräfte brauchen.

Die Zeit der Mühsal ist für immer vorbei.

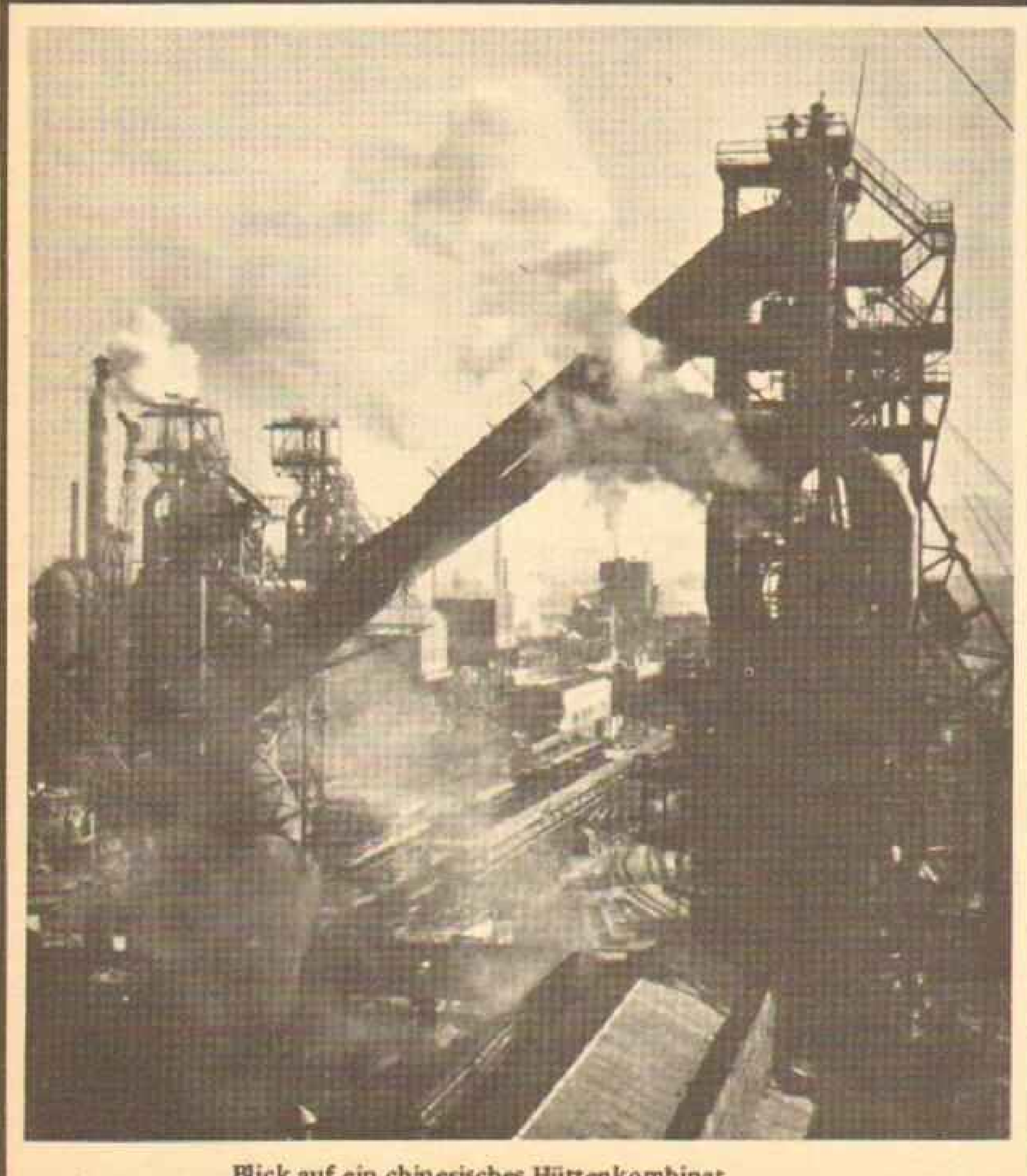
Ich kam 1942 von Tientsin nach Peking, als die Japaner viele von uns zwangen, hier zu arbeiten. Sie setzten uns alle hinter Stacheldraht. Wir arbeiteten mehr als 12 Stunden am Tag und aßen Mehl aus Baumrinde, Hülsen, ausgepreßten Bohnenresten und schimmligem Korn. Sogar „voll ausgebildete Arbeiter" erhielten nur einen Hungerlohn, der angesichts der Inflation, der kletternden Preise und der hohen Miete für die schäbigen Unterkünfte nicht weit reichte. **Niu Yung-schung, heute Schichtleiter am Hochofen Nr. 2 und sein Vater arbeiteten vor der Befreiung mit mir zusammen. Aber was beide zusammen verdienten, reichte nicht für die sechsköpfige Familie. Einer seiner jüngeren Brüder, eine Schwester und seine Mutter starben, entkräftet durch Armut, Krankheit, Hunger und Kälte.**

Heute hat Niu Yung-schun eine siebenköpfige Familie und wohnt in einer neuen Werkswohnung für uns Arbeiter. Die Preise sind stabil, die Kosten für Nahrung und Wohnung niedrig und auch andere Konsumgüter sind billig. Die Miete macht nur 5% vom Lohn des Hauptverdieners aus. Armbanduhren, Fahrräder, Nähmaschinen, Radios – alle diese Dinge sind heute bei den Arbeiterfamilien zu finden.

Wir brauchen uns keine Sorgen mehr zu machen um Krankheit, Geburt, Tod und Unfall. Für alles wird gesorgt.

Vor der Befreiung scherten sich die Besitzer der Fabriken keinen Deut darum, wenn ein Arbeiter krank war oder einen Unfall hatte. Die Klinik behandelte in jenen Tagen nur die Aufseher und hohen Angestellten. **Ich erinnere mich an die Choleraepidemie, die die ganze Fabrik im Sommer 1943 erfaßte. Die Leichen der Arbeiter wurden in vier Kalkgruben geworfen, die nicht weit von der Fabrik entfernt waren.** Diejenigen, die so schwer erkrankt waren, daß sie bei der Arbeit bewußtlos zusammenbrachen, wurden einfach hinausgeschleift und in die Gruben geworfen, waren sie tot oder nicht. Ich war einer von jenen, die hineingeworfen wurden, obwohl sie noch am Leben waren. Als ich wieder zum Bewußtsein kam, kroch ich heimlich aus der Grube und ging zurück zur Arbeit.

Heute haben wir ein großes 5-stöckiges und gut ausgerüstetes Krankenhaus, und alle medizinischen Kosten trägt das Werk. Jede Fabrik hat ihre eigene Klinik. Die Regierung legt großes Gewicht auf die Sicherheit in der Produktion. Die Arbeiter sind mit Sicherheitsausrüstungen aller Art versorgt. Diejenigen, die unter hohen Temperaturen arbeiten, erhalten Sonderzulagen für eine reiche Nahrung. **Im November 1959 erlitt Liang Hsiao-djia, einer unserer Arbeiter an einem Hochofen, beim Abstich Verbrennungen. 78% seiner Haut waren verbrannt. Die Leitung der Fabrik sandte ihn sofort in eines der besten Krankenhäuser Pekings. Arbeiter und Angehörige der Volksbefreiungsarmee spendeten Blut und Haut, als sie vom Unfall hörten. Unser Werk ließ ein besonderes Bett für ihn bauen, damit er bequem liegen konnte. Er war nur fünf Monate im Krankenhaus. Heute arbeitet er erneut als Arbeiter an einem Hochofen und ist Mitglied des Revolutionskomitees der Fabrik.**



Blick auf ein chinesisches Hüttenkombinat.

Die Arbeiter sind die Herren

Die größte Veränderung aber ist die veränderte Stellung der Arbeiter. In unserem Staat der Diktatur des Proletariats ist die Arbeiterklasse die führende Klasse, die Arbeiter sind die Herren der Betriebe und des Staates.

1969 nahmen drei Arbeiterveteranen unseres Kombinats als Delegierte am IX. Parteitag teil, und im letzten Jahr zwei am X. Parteitag. Einer von ihnen ist der Stahlarbeiter Ma Hsiao-liu, der zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt wurde. **Obwohl in unseren sozialistischen Betrieben die Leiter, das Verwaltungspersonal und die Arbeiter verschiedene Arbeiten leisten, sind sie in Bezug auf die Politik und gesellschaftliche Stellung gleichberechtigt.** Insbesondere seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution achten die leitenden Kader noch mehr darauf, enge Verbindung mit den Massen aufrechtzuerhalten und sich bei der Leitung der Betriebe voll auf die Arbeiter zu stützen. Der Betrieb hat die Vorschrift erlassen, daß sich die Kader, die Techniker und das Verwaltungspersonal einen Tag in der Woche an der körperlichen Arbeit beteiligen müssen. Und die Arbeiter beteiligen sich an der Leitung des Betriebes.

Die Partei und die Regierung haben große Anstrengungen unternommen, Kader und Techniker aus den Reihen der Arbeiter heranzubilden. Nehmen wir unsere Eisengießerei als Beispiel. Von sechs Mitgliedern des Parteikomitees waren fünf Arbeiter. Ich selbst bin von einem gewöhnlichen Arbeiter zum Techniker herangebildet worden, und mir untersteht die Wartung der vier Hochöfen der ganzen Gießerei. Damit ich mein kulturelles und technisches Niveau heben konnte, schickte mich die Parteiorganisation für ein Jahr auf eine technische Schule.

Da wir Arbeiter die Herren des Staats und der Betriebe sind, ist die Arbeit keine schwere Bürde mehr, sondern eine ruhmreiche Angelegenheit, auf die wir stolz sind. Wir Schmelzer hofften vor der Befreiung immer auf eine Unterbrechung in der Luftzufuhr für den Hochofen, denn das bedeutete eine Arbeitspause. Heute dagegen ist eine solche Unterbrechung zu unserer größten Sorge geworden. Wir haben eine Rechnung aufgemacht. Gibt es eine Minute keine Luft, werden ein bis zwei Tonnen Eisen weniger geschmolzen. Das ist ein großer Verlust für den Staat. Daher versuchen wir mit allen Mitteln, einen kontinuierlichen Zustrom der Luft zu gewährleisten.

Ein Arbeiter sagte: „Früher arbeiteten wir für das nackte Leben. Heute sehen wir unsere Aufgabe nicht allein darin, den Produktionsplan zu erfüllen, unsere große historische Mission ist, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball zu beseitigen."

Die Weiterführung der Revolution wird die Wiedererrichtung des Kapitalismus verhindern

Wie kamen diese großen Veränderungen zustande? Vor der Befreiung hofften wir Tag und Nacht, eines Tages würde etwas verändert. Wir haßten das alte System. Daher bummelten wir, zerstörten die Maschinen, verprügelten die Vorarbeiter usw. Die Herrschaft der Reaktionäre wechselte – die nordchinesischen Machthaber, die japanischen Aggressoren und die Kuomintang – aber wir Arbeiter lebten unter jeder in großer Not und Elend. **Erst unter der Führung der politischen Partei des Proletariats – der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze – wurde durch die gewaltsame Revolution die alte Staatsmaschinerie zerschmettert und die Diktatur des Proletariats errichtet. So hat sich die Arbeiterklasse Chinas befreit.**

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats bedeutete nicht das Ende der Revolution. Unser großer Führer, der Vorsitzende Mao zeigte:

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden, der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen."

In der Sowjetunion haben die sowjetischen Revisionisten den ersten Staat der Diktatur des Proletariats in einen Ausbeuter- und Unterdrückerstaat zurückverwandelt. Die Konsequenz daraus heißt:

„Daher müssen wir auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats die Revolution fortsetzen. Die in China durchgeführte Große Proletarische Kulturrevolution und die gegenwärtige Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius zielen darauf ab, die Diktatur des Proletariats zu festigen und eine Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern. In jeder Fabrik, jedem Bergwerk und jeder Werkhalle unseres Kombinats halten die Arbeiter und Kader zur Zeit große und kleine Versammlungen ab und schreiben Wandzeitungen, um Lin Biao zu kritisieren, der Konfuzius nachahmte und eine Wiederherstellung des Kapitalismus plante. Wir Arbeiter sind entschlossen: Lin Biao wollte den Kapitalismus wieder herstellen, wir aber müssen alles für den Sozialismus geben. Lin Biao wollte den Rückschritt, wir aber müssen vorwärtsdrängen.

Der Lauf der Geschichte kann nicht aufgehalten werden: „Völker hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!" Die Zukunft gehört uns, gehört der Arbeiterklasse."

(Aus „Peking Rundschau" Nr. 18, vom 7. Mai 1974, gekürzt).

Fortsetzung von Seite 1

Straßenkämpfe in Frankfurt

Es ging sogar das Gerücht um in Frankfurt, daß ein kleines Kind am Montag an den Folgen dieses Tränengaseinsatzes gestorben ist. Die Devise der Polizei heißt: Tränengas und dann Knüppel frei. Auch der Polizeiknüppel trifft unterschiedslos Demonstranten, Hausfrauen, alte Leute und kleine Kinder. Mehrere hundert Demonstranten werden festgenommen und bis zu 48 Stunden festgehalten.

Gleichzeitig wird der Bevölkerung pausenlos eingehämmert: Die Demonstranten sind gar nicht gegen die Fahrpreiserhöhungen. Hier werden eure Interessen mißbraucht. Macht die Zeil frei, räumt die Zeil. Stört nicht den Polizeieinsatz gegen die Demonstranten.

Aber die Bevölkerung sieht sehr gut, wo hier die Barrikade verläuft. Nicht zwischen ihr und den Demonstranten, sondern zwischen der Bevölkerung – Passanten und Demonstranten – und der Polizei.

Die Zeil wurde nicht leerer, sondern von Tag zu Tag voller und voller. Die Bevölkerung solidarisierte sich. Das fängt an bei Anrufen im Magistrat und bei der Polizei. Das ging weiter bei den Menschen, die sich in der Stadt aufhalten. "Aufhören, wo gibts denn sowas. Das ist ja SS-Polizei!" riefen Leute, die etwas entfernt standen. Eine ganze Reihe reiht sich aktiv in den Kampf ein. Eine Frau: "Man müßte mit Mistgabeln wie im Bauernkrieg gegen die losgehen!" Sie spürt die Wasserwerfer und kämpft mit. Eine andere Frau, die von den ätzenden Strahlen des Wasserwerfers getroffen wird, läuft auf ihn zu und trommelt mit den Fäusten gegen die Wände. Als der Polizist aussteigt und sich hohnlächelnd an den Kopf tippt, schlägt die Frau ihm ins Gesicht.

Angesichts des Terrors der Polizei wird die revolutionäre Gewalt, die die Demonstranten anwenden, gutgeheißen. Ein Arbeiter geht auf einen Polizisten zu und sagt: "Ich finde das Scheiße, daß die hier mit Steinen auf euch schmeißen." Der Polizist freut sich: "Ja, gegen die Chaoten, da müssen wir voll reinhauen..." Da fährt der Arbeiter fort: "Mit **Molotowcocktails** müßten die auf euch schmeißen!"

Die Bevölkerung kämpft mit dem Bewußtsein: Da sind die Bullen, hier sind wir. Die schlagen zu, wir schlagen zurück.

Und da, am Mittwoch passiert es: Thomas Hytrik wird von einem Wasserwerfer angefahren und lebensgefährlich verletzt.

Die Polizei und die Stadtbehörden geraten in Panik.

Polizeipräsident Müller, bekannt als derjenige, der bei den letzten Auseinandersetzungen in Frankfurt den Einsatz der Schußwaffe für gerechtfertigt hielt, ist zu offenen Lügen gezwungen: Thomas habe nur eine leichte Verletzung davongetragen, Eine Kopfwunde, Abschürfungen am Knöchel. Das Stadtschulamt läßt diese Meldung am Donnerstag morgen in allen Schulen verlesen – obwohl die Ärzte schon längst sagen, Thomas schwebe in Lebensgefahr. Thomas Vater wird nicht zu seinem Sohn gelassen. Auch nicht am Freitag, dem 62. Gebrutstag des Vaters. Den Film, mit dem Thomas die Auseinandersetzungen und auch den Wasserwerfer, der ihn anfuhr, fotografieren wollte, entwickelt die Polizei.

Die Angst der Polizei ist berechtigt. Am nächsten Tag entbrennt der Kampf in größerer Schärfe und Breite. Die Bevölkerung hat erfahren, daß die Polizei tatsächlich mit allen Mitteln die Interessen des Stadtrats, des Kapitals schützt. Auch wenn es das Leben eines Werktätigen kostet. Ganze Schulklassen tauchen an diesem Tag auf der Zeil auf, bewaffnet mit Taucherbrillen gegen das Tränengas. Sie rufen die Parolen mit: "Bullen-Mörder!" – "Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!"

Wir wollen die unverschämte Erhöhung der Fahrpreise verhindern und müssen jetzt hier um unser Recht auf die Straße, ja um unser Leben gegen die Polizeihorden kämpfen – das ist es, was die Bevölkerung hier erfahren hat. Und so ist es nicht verwunderlich, daß sich große Menschentrauben um die Genossen der KPD/ML scharen, die ihnen erklären: **Die Polizei hat keinen anderen Zweck, genau wie der Bundesgrenzschutz, wie die Armee, wie die bürgerliche Klassenjustiz als den Profit und die Macht des Kapitals gegen die Werktätigen aufrechtzuerhalten. Um die Ausbeutung, um die Ausplünderung los zu werden, um mit solchem faschistischen Terror wie hier Schluß zu machen, gibt es keinen anderen Weg, als diese Gewaltorgane des Kapitals bewaffnet zu zerschlagen. Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!**

Daß die Fortschrittlichsten, die sich hier spontan gegen den Terror der Polizei zur Wehr setzen, das einsehen und den Kampf unter der Führung der Partei aufnehmen, ist die größte Sorge der Bourgeoisie. Die modernen Revisionisten von der D'K'P treten an die Front. Sie hetzen gegen die "Chaoten" und verteufeln die revolutionäre Gewalt. Während sie sich aus den direkten Kämpfen fernhalten, sind es der ' Kommunistische' Bund Westdeutschlands und die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die mit ihren revisionistischen Argumenten die Reihen der Kämpfenden verunsichern, zersetzen. "Die Fahrpreise müssen fallen, und wenn der Magistrat gestürzt wird" – schreit der 'K'BW, als ob ein Stadtrat im Kapitalismus jemals eine andere als eine kapitalistische Politik durchführen könnte! Als ob die Polizei im Kapitalismus jemals auf der Seite der Bevölkerung stehen würde!

Diese revisionistische Politik, die Massen mit faulen Illusionen auf Übermorgen zu vertrösten und sie vom Kampf gegen den wirklichen Feind abzuhalten, bleibt nicht ohne Folgen. Es ist der Mittwoch, an dem Thomas angefahren wird, an dem der 'K'BW mit seiner Parole vom Sturz des Magistrats die Massen vom Kampfgeschehen weg mit einer Demonstration zum Rathaus in eine leere Straße lockt. Hier sind die Demonstranten, in einer taktisch ungünstigen Lage, ohne den Schutz der Bevölkerung, dem Wüten der Polizei ausgeliefert. Hier passiert auch der Mordversuch an Thomas Hytrik. Genossen der KPD/ML haben, obwohl sie nur zu dritt waren, versucht, diese Demonstration zu verhindern. Als sie hinterher dem 'K'BW Vorwürfe machten, ist die zynische Antwort: "Was wollt ihr denn, wir sind doch friedlich demonstriert..."

Während der 'K'BW und andere Organisationen so von innen her versuchen, die Reihen des Kampfes zu zersetzen, steigern D'K'P und DGB-Apparat ihre Hetze von außen. Betriebsräte der Kaufhäuser an der Zeil fordern die Polizei auf, noch schärfer vorzugehen. Die Demonstranten würden die Arbeiter und Angestellten bedrohen, ihre Arbeitsplätze gefährden. Der DGB haut in die gleiche Kerbe. Wirtschaftsminister Karry fordert zu einer Gegendemonstration auf. Wer sich auf einer solchen Demonstration "aller Demokraten" einfinden wird, wissen wir von der ' Demonstration aller Arbeitswilligen" beim Streik bei Ford in Köln: Die Kapitalisten und ihre Politiker, Polizei, kriminelles, lumpenproletarisches Gesindel von der Straße, offene Faschisten, natürlich die DGB-Bonzen und ihr arbeiteraristokratisches Fußvolk und einige verschreckte Spießer – vielleicht auch einzelne Kollegen, die durch das Trommelfeuer der bürgerlichen Hetze verwirrt sind.

Für die Streiks im Herbst rüstete Weyer, Polizeiminister von NRW, die Polizei für über 17 Millionen DM auf. Die Streikleitung bei Ford wurde brutal zusammengeschlagen, verhaftet, gegen die Streikenden von Pierburg zog ein Polizist die Pistole.

Die D'K'P wetterte damals gegen die Polizeiwillkür, sie versprach, daß mit Briefen an den Innenminister, mit dem Pochen auf die Verfassung der Polizeiterror beendet werden könnte. Sie rief zum Kampf gegen die "Maoisten", die angeblich diesen Terror provozieren würden.

Das Gegenteil geschah. Die Arbeiter wandten sich nicht von den Kommunisten ab. In den Betrieben wuchs die Zahl kommunistischer Vertrauensmänner, kommunistischer Betriebsräte. Die Arbeiter steckten nicht auf im Kampf, sondern verstärkten ihn. Die Bourgeoisie antwortete mit verstärkter Aufrüstung der Polizei, mit wachsendem Justizterror. Immer deutlicher zeichnet sich ab: Die herrschende Klasse sieht – völlig zu recht – in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen die Keime eines künftigen Bürgerkrieges, die Keime der sicheren proletarischen Revolution. Und deshalb wird scharf geschossen.

Günther Jendiran, Thomas Hytrik der Türke Danes Neset – die Opfer der Bourgeoisie allein in den letzten Wochen beweisen es: Die Bourgeoisie kennt kein Erbarmen, wenn es um die Erhaltung ihrer Macht geht. Sie wird wie in den dreißiger Jahren noch einmal die Terrorherrschaft des Faschismus errichten, um die proletarische Revolution zu verhindern. Diese blutige Zukunft kann die Arbeiterklasse nur verhindern: wenn sie der konterrevolutionären Gewalt der Bourgeoisie die revolutionäre Gewalt der Massen entgegensetzt, wenn sie sich um die KPD/ML zusammenschließt, um für das baldige Ende der Bourgeoisie in der sozialistischen Revolution zu kämpfen.

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN!

Rund 500 Menschen folgten einem Aufruf des "Komitees für die sofortige Freilassung der drei spanischen Antifaschisten und Patrioten" zu einer Demonstrstion nach Düsseldorf. Die Demonstration, zu der auch die FRAP, die KPD/ML und die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten und die deutsch-spanische Freundschaftsgesellschaft aufgerufen hatten, zog durch die Düsseldorfer Innenstadt zu dem Gefängnis, wo die drei spanischen Genossen wegen eines angeblichen Bombenanschlages auf ein spanisches Reisebüro seit 12 Wochen eingekerkert sind.

Vor dem Gefängnis, wo ein riesiges Polizeiaufgebot aufgezogen war, hallten in spanischer und deutscher Sprache antifaschistische Parolen und Losungen für die sozialistische Revolution zu den gefangenen Genossen. Im Mittelpunkt der kämpferischen Reden auf der Schlußkundgebung und während der Zwischenkundgebungen standen die Forderung nach der sofortigen Freilassung der 3 spanischen Antifaschisten und der Aufruf, die drohende Abschiebung der Genossen in die Klauen des Franco-Faschismus zu verhindern. Der Redner der Partei zeigte in seiner Rede den Zusammenhang zwischen dem Terror der westdeutschen Imperialisten gegen die ausländischen Kollegen und der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates in unserem Land auf, wie sie sich z.B. bei den Morden der Polizei an dem Münchner Taxifahrer und den Bürgerkriegseinsätzen von Polizei und Bundesgrenzschutz in Frankfurt zeigen. **Dem Terror des Klassenfeindes muß die einheitliche Kampffront der deutschen und ausländischen Arbeiter entgegengestellt werden.**

Haftbefehl erlassen! Freiheit für Klaus Kercher!

Gegen den Genossen Klaus Kercher ist Haftbefehl erlassen worden. Klaus wurde als Teilnehmer am Roten Antikriegstag 72, als 6000 Antimilitaristen unter der Führung der Partei den olympischen Friedensschleier zerrissen und das Recht auf freie Straße erkämpften, vor Gericht gezerrt.

Der Prozeß gegen ihn wurde zum ersten Mal im Februar dieses Jahres eröffnet. Die Anklage lautet auf illegalen Waffenbesitz, Körperverletzung und Landesfriedensbruch. Mit Massenfestnahmen, Knüppeleinsätzen und Ausschluß der Öffentlichkeit sollte der Kampf für die Freiheit des Genossen niedergeschlagen werden. Aber die bürgerliche Klassenjustiz erlitt eine Niederlage: Der Prozeß mußte wegen Befangenheit des Richters vertagt werden.

Am 25.4. wurde der Prozeß neu eröffnet. Das Gericht machte deutlich, daß ihm jedes Mittel recht war, um den Genossen hinter Gitter zu bringen. So wurde für den 3.5. ein Verhandlungstag angesetzt, obwohl Rechtsanwalt Lang, der Verteidiger des Genossen Kercher, aus Termingründen an diesem Tag nicht an der Verhandlung hätte teilnehmen können. In einer zum Verhandlungstermin verbreitete Erklärung legte Genosse Kercher dar, daß er ohne seinen Anwalt nicht am Prozeß teilnehmen werde. **Es war offensichtlich, daß hier versucht werden sollte, den Genossen ohne Rechtsbeistand juristisch aufs Kreuz zu legen.** Um seine gewaltsame Vorführung zu verhindern, tauchte der Genosse unter.

5 oder 6 Mal war die Polizei inzwischen bei der Vermieterin des Genossen und hat nach ihm gefragt, ohne dabei auch nur ein einziges Mal auf den bestehenden Haftbefehl zu verweisen. Erst nach fast einem Monat wurde Rechtsanwalt Lang auf dessen unnachgiebiges Drängen hin erklärt, daß gegen seinen Mandanten Klaus Kercher **bereits seit dem 3.5. ein Haftbefehl** besteht.

Gegen diesen Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, mit allen Mitteln die Einkerkerung des Genossen durchzusetzen, wird die Partei entschlossen den Kampf um die Freiheit des Genossen Kercher führen.

WEG MIT DEM HAFTBEFEHL!
FREIHEIT FÜR KLAUS KERCHER!

STRAFBEFEHL GEGEN RECHTSANWALT LANG!

Gegen Rechtsanwalt Lang ist ein Strafbefehl über 1000 DM wegen Beleidigung erlassen worden. Dieser Strafbefehl reiht sich ein in die lange Liste der Behinderungen, Einschüchterungsversuche und offenen Terrorakte, mit denen die Bourgeoisie versucht, fortschrittliche Rechtsanwälte zur Kapitulation zu zwingen oder zu kriminalisieren.

In einem Prozeß gegen Genossen H., einem Teilnehmer am Roten Antikriegstag 1972 in München hatte ein Polizist als Zeuge ausgesagt, er sei zwar am Karlstor, wo der Kampf mit der Polizei stattgefunden hat, dabei gewesen, habe aber von den Auseinandersetzungen nichts gesehen, sondern lediglich die Kampfgeräusche gehört. Die Aussage dieses Polizisten, der nach eigenen Angaben nichts gesehen hat, machte der Staatsanwalt zur Grundlage seiner Anklage wegen "Landesfriedensbruch". **Das geht selbst nach den Gesetzen der Bourgeoisie nicht.**

Rechtsanwalt Lang sprach daher von ' Beweis- und Rechtsbeugung'. Diese, in nüchterem Juristendeutsch getroffene Feststellung soll die ' Beleidigung" darstellen, wegen der der Strafbefehl erfolgte. **Das ist ein weiterer Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, Rechtsanwalt Lang, gegen den bereits ein Verfahren wegen "Unterstützung einer kriminellen Organisation" läuft, zu kriminalisieren, um ihn von der Verteidigung in politischen Prozessen auszuschließen.**

HÄNDE WEG VON RECHTSANWALT LANG!

HÄNDE WEG VON ALLEN FORTSCHRITTLICHEN RECHTSANWÄLTEN!

Hamburg: 2000 demonstrieren gegen den Mord an Danes Neset!

2 000 Menschen folgten am 1.6. in Hamburg dem Aufruf der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, der ATÖV, der KPD/ML und anderer Organisationen zu einer Demonstration gegen die Verfolgung patriotischer Türken in ihrer Heimat und durch den westdeutschen Imperialismus.

Am 21.4. hatten faschistische Schlägertrupps den türkischen Patrioten Neset Danis so zusammengeschlagen, daß er am 22. Mai starb. Vier weitere türkische Patrioten wurden vom 21.-24. Mai in Haft gehalten. Ihnen wurde bei der Haftverschonung unter anderem befohlen, sich zweimal in der Woche bei der Polizei zu melden. **Sie dürfen sich zu dem Vorfall nicht publizistisch äussern.** Ein weiterer Türke wurde nur aus dem Grund mehrere Tage in Haft gehalten, weil er die Verhafteten kannte.

Der politische Mord an Neset Danis ist der bisherige Höhepunkt bei der Verfolgung fortschrittlicher türkischer Kollegen. "Die westdeutsche Polizei hat bei diesem Mord den Faschisten geholfen. Sie hat die Mörder verschont. Sie ist mitschuldig an der Ermordung Neset Danis!" – heißt es in einer Presseerklärung der ATÖF (Studentenföderation der Türkei in Deutschland) dazu.

Für alle fortschrittlichen Menschen ist klar: Die Mörder Neset Danis' müssen bestraft werden! In dieser Situation gibt der "Kommunistische" Bund Westdeutschlands die Parole aus: "Weg mit Innensenator Klohse!" Als ob mit einem Wechsel der Gesichter im Innenministerium die Verfolgung deutscher und ausländischer Patrioten ein Ende finden würde. Die Frau Neset Danis' hat auf einer Veranstaltung dieser Organisation diese Parole entlarvt und betont, daß der Tod ihres Mannes gerächt werden muß im Kampf gegen den Kapitalismus!

Für ihre Unterstützung wurden auf einer Veranstaltung der KPD/ML am 31.5., zu der rund 200 Leute gekommen waren, 320 DM gesammelt. Mehrere hundert Mark sammelte auch die Rote Hilfe während der Demonstration am Samstag.

Rache für Neset Danis!
Kampf der politischen Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen!

Resolution!

Der Arbeitertreff Rüsselsheim verurteilt auf das schärfste den Mord von faschistischen Mordbuben des türkischen Konsulats. Wir protestieren gegen die Zusammenarbeit der deutschen Polizei mit faschistischen türkischen Schlägern. Dieses reaktionäre Zusammenspiel zwischen deutscher Polizei und türkischen Faschisten kennen wir in Rüsselsheim aus eigener Erfahrung. Anläßlich einer Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze von fortschrittlichen Kräften und Kommunisten gingen türkische Faschisten mit Messern und Steinen unter dem Schutz der deutschen Polizei gegen die Demonstranten vor.

Diese Ermordung stellt einen neuen Höhepunkt in der Unterdrückung und Illegalisierung fortschrittlicher und kommunistischer Ausländerorganisationen dar. Dieser Anschlag heißt für uns aber nur eins: Verstärkter Kampf gegen den Faschismus und Imperialismus!

Rot Front
Arbeitertreff Rüsselsheim

Westberlin:

Am 29.5. begann in Westberlin der Prozeß gegen die Genossin Brigitte Mohnhaupt. Angeklagt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, wird die Genossin bereits seit Juni 1972 in U-Haft gehalten. Die Prozeßdauer ist auf vier Monate angesetzt.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.

Schulkampf in Hamburg:

"Der Kampf wird weitergehen, die Unruhe ist geblieben."

Dem kommunistischen Lehrer Paulick von der Hauptschule Bornheide in Hamburg wurde die "Fortführung seiner Dienstgeschäfte" verboten. Begründung: Der geregelte Schulbetrieb sei bei seiner Anwesenheit nicht aufrechtzuerhalten, es stehe zu befürchten, daß auch an jeder anderen Schule, an die er versetzt würde, der normale Schulbetrieb zusammenbrechen würde.

Der "normale Schulbetrieb" kann allerdings bei einem kommunistischen Lehrer nicht aufrechterhalten werden. Denn "normaler Schulbetrieb" heißt Unterdrückung der Arbeiterkinder, Zerstörung ihres Selbstbewußtseins, heißt Erziehung zu Lohnsklaven des Kapitals. Diesen "normalen Schulbetrieb" machte der Kommunist Jürgen Paulick nicht mit. Gerade darum kämpften seine Schüler an seiner Seite gegen Schulleitung, Ministerialbürokratie und Polizei (s. RM Nr. 22).

Am Montag, dem 27.5., ging Jürgen Paulick wieder in seine Schule. Er hatte gegen die gegen ihn verhängten Maßnahmen Widerspruch eingelegt. Dieser Widerspruch hat juristisch bis zur Anordnung der sofortigen Vollstrekkung der Maßnahmen aufschiebende Wirkung. Sofort erschien Oberschulrat Schlesinger wieder mit der Kripo auf dem Schulgelände. Die Büttel des Staatsapparats brachen ihre eigenen Gesetze. An den Haaren versuchten sie Jürgen Paulick vom Schulhof zu schleifen. Das konnte aber verhindert werden, weil zwei Genossen die Kripo sofort angriffen.

Die Empörung und die Wut der Schüler ist nach wie vor groß. Aber sie sind den pausenlosen, massiven Einschüchterungen durch die Schulleitung ausgesetzt, sie trauen sich nicht mehr so entschlossen in den Kampf einzugreifen. Es fehlt der führende Kern. An dieser Schule gibt es noch keine Rote Garde. Dagegen gibt es pausenlose Hetze gegen die Partei und die Rote Garde. Und nicht nur von der Schulleitung: Vor allem die D'K'P-Revisionisten agitieren im Stadtteil gegen die Partei und praktisch für die Entlassung des Kommunisten Jürgen Paulick aus dem Schuldienst.

In dem D'K'P-Flugblatt heißt es: "Es zeigt sich auch hier, daß ein Auftreten solcher Sektierer der reaktionären Springerpresse wieder einen Vorwand lieferte, alle wirklichen demokratischen Kräfte zu verleumden, den konservativen Kräften in der Schulbehörde und dem Hamburger Senat die Möglichkeit gegeben, ihre Berufsverbote gegen demokratische Lehrer in "besseres Licht" zu rücken.' **Diese Sätze sollten besonders jene Leute genau studieren, die wie der 'K'SV der Ansicht sind, es habe etwas mit dem demokratischen Kampf zu tun, wenn sie — wie im Fall Holzer in München — zur Solidarität mit eingefleischten Revisionisten aufrufen.**

An der Seite der D'K'P-Revisionisten stand natürlich der sogenannte 'K'BW, der ebenfalls nur in den Kampf eingriff, um gegen die Partei zu hetzen. Gemeinsam mit der D'K'P spaltete er Streikversammlungen der Schüler, versuchte er, die Schüler mit dem Ruf "Laßt Euch nicht verheizen" vom Kampf abzuhalten.

Am Donnerstag, den 30.5., war Seminartag und Jürgen Paulick ging in das Lehrerseminar. Die Polizei wartete bereits im Nebenraum. Als Genosse Paulick sich weigerte, das Seminar zu verlassen, stürzte sie sich auf ihn. Aber ein Teil der Lehrer fand den Mut, ihren Kollegen zu verteidigen. Sie bildeten eine Kette, schoben die Tische vor. Die Festnahme von Jürgen Paulick konnte zwar nicht verhindert werden, aber die kämpferische Solidarität dieser Kollegen war ein großer Erfolg.

Genosse Paulick wurde festgenommen und für die Dauer des Seminars in "Sicherheitsverwahrung" genommen. Kollegen machten eine Wandzeitung. Andere folgten ihm bis in die Wachstube, brachten ihm den Roten Morgen und Erdbeeren.

In einem Telefongespräch mit dem Roten Morgen sagte Jürgen Paulick:

"Der Kampf wird weitergehen, die Unruhe ist geblieben. Ein Schüler fragte mich, warum ich von Arbeiterkindern spreche, ob ich mir als was Besseres vorkäme. Ich erklärte ihm, daß für Kommunisten 'Arbeiter' ein ehrenvolles Wort ist, weil den Arbeitern die Zukunft gehört, weil sie die revolutionäre Klasse sind. In diesem Gespräch wurde mir klar, was bürgerliche Klassenschule heißt. Das Selbstbewußtsein der Arbeiterkinder wird zerstört, der Stolz auf ihre Klasse untergraben. Wir werden den Schulkampf unter der Parole fortsetzen: **Für eine einheitliche Kampffront von Schülern, Eltern und Lehrern gegen die bürgerliche Klassenschule. Vorwärts zur sozialistischen Revolution. Der Kampf an der Schule ist eine Front im Kampf für den Sozialismus."**

130 Jahre Weberaufstand:

"Die Herren Zwanziger die Henker sind!"

Im Juni 1844 erhoben sich die Weber zweier schlesischer Dörfer, Peterswalden und Langenbieblau. Die Not der schlesischen Weber war groß. Man sprach davon, daß die schlesischen Weber die elendsten Bewohner von ganz Deutschland seien. Hatten die Weber schon immer zu den Ärmsten der Armen gehört, so wurde ihre Lage unerträglich, als gegen Mitte der dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts zu der Ausplünderung durch die Gutsherren noch die Ausbeutung durch die Fabrikanten der ersten Großwebereien trat. Was blieb, war der Weberzins, den jeder Weber an die Gutsherren zahlen mußte, was dazukam, war die Lohnsklaverei. Nur der geringste Teil der Weber arbeitete in den Großwebereien selber. Die meisten saßen weiter in den engen, dunklen Stuben der Weber an den Handwebestühlen. Obwohl Frau und Kinder mitarbeiteten, obwohl oft Tag und Nacht gewebt wurde, konnten die Heimweber natürlich nie erreichen, was die Verleger, die Aufkäufer der Fabrikanten, von ihnen forderten: Gleiche Menge und gleiche Qualität, wie sie von den mechanischen Webstühlen in der Fabrik selber geliefert wurde. So war die Hungersnot ständiger Gast in den Weberstuben. In einigen Gebieten Schlesiens starb bis zur Hälfte der Bevölkerung an Hunger.

In einem Lied auf einen dieser Fabrikanten gaben die Weber ihrem Haß auf die Knechtschaft Ausdurck. In dem Lied heißt es unter anderem:

"Die Herren Zwanziger die Henker sind,
Die Dierig ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schind't,
Anstatt was zu verbergen.
Erbarmen, ha! Ein schön Gefühl,
Euch Kannibalen fremde,
Ein jedes kennt schon euer Ziel,
's ist der Armen Haut und Hemde.

Im Juni 1844 verhaftete die Polizei einen Arbeiter, der unter dem Fenster eines der Fabrikanten dieses Lied angestimmt hatte. Das war das auslösende Moment für einen allgemeinen Aufstand der Weber, die die Not und die Rechtlosigkeit nicht mehr ertragen konnten. An diesem Aufstand nahmen mehrere Tausend Arbeiter teil. Verschiedene Fabriken wurden zerstört, ebenso einige der Kontore, in denen das Material für die Weber ausgegeben wurde. Die Regierung schickte Truppen. Die Weber gingen dagegen mit Äxten und Steinen vor. 11 Arbeiter wurden erschossen und 24 verwundet.

Obwohl dieser Aufstand nur ein begrenztes Ausmaß erreichte, hatte er doch eine große politische Wirkung in Deutschland. In Deutschland rang damals der untergehende Feudalismus mit dem aufstrebenden Kapitalismus. Das Proletariat steckte sozusagen in den Kinderschuhen, es war vielerorts vermischt mit dem Handwerk und mit dem bäuerlichen Tagelöhnerdasein. Die Kämpfe der Arbeiter richteten sich zumeist gegen das Joch des Feudalismus, den alten Feind, oder gegen die Maschine, die vielen, besonders den ehemaligen Handwerkern als der neue Feind erschien, da sie eine unbesiegbare Konkurrenz für sie darstellte.

Teile der antifeudalistischen Bewegung hingen damals Vorstellungen an, daß das deutsche Volk vom Proletariat nichts zu fürchten habe, daß es ungebildet und politisch unbewußt sei. Sie sahen in der Bourgeoisie die treibende Kraft, konnten zwischen Bourgeoisie und Proletariat keinen antagonistischen Widerspruch erkennen, sondern sahen nur ihre gemeinsame Gegnerschaft zum Feudalismus.

Diese Ansichten konnten sie natürlich nicht so offen vertreten. Das Proletariat hätte sie bald davongejagt. Deshalb lobten sie gleichzeitig die französische und englische Arbeiterbewegung, die Auf Grund des dort fortgeschrittenen Kapitalismus breiter auftrat, und versuchten, ihre Haltung mit der besonderen Rückschrittlichkeit der deutschen Arbeiter zu vertuschen.

Karl Marx hat den Aufstand der schlesischen Weber, der in den Augen dieser Leute natürlich ebenfalls völlig unbedeutend war, zum Anlaß genommen, um gegen solche bürgerlichen Ansichten zu polemisieren. In einem Artikel vom 31. Juli 1844 heißt es, daß:

"kein einziger der französischen und englischen Arbeiteraufstände einen so theoretischen und bewußten Charakter besaß wie der schlesischen Weberaufstand.

Zunächst erinnere man sich an das Weberlied, an diese kühne Parole des Kampfes, worin...das Proletariat sogleich seinen Gegensatz gegen die Gesellschaft des Privateigentums in schlagender, rücksichtsloser, gewaltsamer Weise herausschreit. Der schlesische Aufstand beginnt gerade da, womit die französischen und englischen Arbeiteraufstände enden, mit dem Bewußtsein über das Wesen des Proletariats. Die Aktion selbst trägt diesen überlegenen Charakter. Nicht nur die Maschinen, diese Rivalen des Arbeiters, werden zerstört, sondern auch die Kaufmannsbücher, die Titel des Eigentums, und während alle anderen Bewegungen sich zunächst nur gegen den Industrieherren, den sichtbaren Feind kehrten, kehrt diese Bewegung sich zugleich gegen den Bankier, den versteckten Feind. Endlich ist kein einziger englischer Aufstand mit gleicher Tapferkeit, Überlegung und Ausdauer geführt worden."



Weberzug — Radierung von Käthe Kollwitz

**Im düstren Auge keine Träne,
Wir sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Windeskälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt —
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt
Und uns wie wilde Hunde erschießen läßt —
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt —
Wir weben, wir weben!**

**Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben!**

Heinrich Heine

PARTEI VERANSTALTUNGEN:

Münster: Veranstaltung zur nationalen Frage, 17.6.74, 20.00 Uhr, Gaststätte Freitag, Frauenstr. 51

PARTEIBÜROS:

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 — 18.30 Uhr, Sa: 9.00 — 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 — 13 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 14.00 — 18.00 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 15.00 — 18.30 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 15.00 — 18.00 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 16.00 — 18.00 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 — 18.30 Uhr, Do: 16.00 — 18.30 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 14.30 — 18.30 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo — Fr: 16.30 — 18.30 Uhr, Sa: 9.00 — 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo — Fr: 14.30 — 18.30 Uhr, Sa: 10.00 — 14.00 Uhr.